

Hochschule Neubrandenburg
Fachbereich Soziale Arbeit, Bildung und Erziehung

Bachelorarbeit
zur Erlangung des akademischen Grades
Bachelor of Arts (B.A.)

Der politische Rechtsruck in Deutschland als Symptom des demokratischen Kapitalismus?

**Eine kritische Analyse politischer Diskurse, sozialer
Ungleichheit und ihrer Auswirkungen auf die Soziale
Arbeit**

vorgelegt von

Matthias Joachim Henning

Studiengang: Soziale Arbeit (Bachelor)

Erstprüferin: Prof. Dr. Lisa Yashodhara Haller
Zweitprüferin: Prof. Dr. Júlia Wéber

URN: urn:nbn:de:gbv:519-thesis2026-0438-7

Abgabedatum: 03.06.2026

1. **Einleitung**
 - 1.1 Problemaufriss: Der politische Rechtsruck in Deutschland
 - 1.2 Gesellschaftliche Relevanz und Bedeutung für die Soziale Arbeit
 - 1.3 Demokratie im öffentlichen Diskurs als positives Leitbild
 - 1.4 Zielsetzung und Erkenntnisinteresse der Arbeit
 - 1.5 Forschungsfrage
 - 1.6 Aufbau der Arbeit
2. **Gesellschaftliche Krisendynamiken im demokratischen Kapitalismus und der politische Rechtsruck**
 - 2.1 Demokratie, Kapitalismus und demokratischer Kapitalismus
 - 2.1.1 Historische Entwicklung und staatliche Stabilisierung demokratisch-kapitalistischer Gesellschaften
 - 2.1.2 Demokratie zwischen Legitimation, Konfliktbearbeitung und Herrschaftssicherung
 - 2.2 Soziale Ungleichheit, Prekarisierung und gesellschaftliche Desintegration
 - 2.2.1 Reproduktion sozialer Ungleichheit
 - 2.2.2 Prekarisierung, gesellschaftliche Unsicherheit und politische Entfremdung
 - 2.3 Autoritäre Dynamiken und der politische Rechtsruck
 - 2.3.1 Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Neue Rechte
 - 2.3.2 Gesellschaftliche Ursachen rechter Mobilisierung
 - 2.3.3 Diskursive Verschiebungen und autoritäre Dynamiken
3. **Methodisches Vorgehen: Kritische Diskursanalyse politischer Kommunikation**
 - 3.1 Theoretische Grundlagen der Diskursanalyse
 - 3.2 Materialauswahl und Untersuchungsgegenstand
 - 3.3 Vorgehen der Analyse
4. **Analyse politischer Diskurse des Rechtsrucks**
 - 4.1 Leistungs- und Verantwortungsdiskurse
 - 4.2 Migrations- und Sicherheitsdiskurse als soziale Grenzziehungen
 - 4.2.1 Abwertung und Ausgrenzung konstruierter „Anderer“
 - 4.2.2 Diskurse zu Migration und Abschiebung als Ausdruck sozialer Grenzziehungen
 - 4.3 Konstruktion sozialer Ungleichheit im Diskurs
 - 4.3.1 Individualisierung sozialer Problemlagen
 - 4.3.2 Diskursive Stigmatisierung und moralische Grenzziehungen
 - 4.3.3 Verdeckung struktureller Ursachen sozialer Ungleichheit
 - 4.4 Der Rechtsruck als Ausdruck struktureller Widersprüche
 - 4.4.1 Sichtbarmachung kapitalistischer Spannungen im Diskurs
 - 4.4.2 Umdeutung sozialer Konflikte in kulturelle oder nationale Konflikte
 - 4.4.3 Wechselwirkung zwischen gesellschaftlichen Strukturen, Diskursen und politischen Einstellungen
5. **Soziale Folgen und Bedeutung für die Soziale Arbeit**
 - 5.1 Gesellschaftliche Auswirkungen
 - 5.1.1 Vertiefung sozialer Spaltungen und gesellschaftlicher Polarisierung
 - 5.1.2 Normalisierung von Ausgrenzung und Ungleichwertigkeitsvorstellungen
 - 5.1.3 Verschärfung sozialer Benachteiligung und gesellschaftlicher Exklusion
 - 5.2 Konsequenzen für die Soziale Arbeit
 - 5.2.1 Soziale Arbeit im Spannungsfeld von Hilfe, Kontrolle und sozialstaatlicher Steuerung
 - 5.2.2 Umgang mit gesellschaftlicher Polarisierung, Diskriminierung und rechten Einstellungen
 - 5.2.3 Demokratie, Empowerment und politische Bildung als Auftrag Sozialer Arbeit
6. **Fazit und Ausblick**
 - 6.1 Zentrale Ergebnisse und Beantwortung der Forschungsfrage
 - 6.2 Bedeutung der Ergebnisse für Demokratie und Soziale Arbeit

6.3 Methodische Reflexion und Grenzen der Untersuchung

6.4 Forschungsdesiderate und gesellschaftlicher Ausblick

7. Literaturverzeichnis

1. Einleitung

1.1 Problemaufriss: Der politische Rechtsruck in Deutschland

In den vergangenen Jahren wird in Deutschland zunehmend über einen politischen Rechtsruck diskutiert (Decker et al., 2024, S. 22-23). Dieser zeigt sich unter anderem im wachsenden Zuspruch für rechte Parteien und Bewegungen, in verschärften Debatten über Migration und nationale Zugehörigkeit sowie in einer zunehmenden Polarisierung gesellschaftlicher Auseinandersetzungen (Decker et al., 2024, S. 15–23). Politische und mediale Diskurse über Migration, gesellschaftliche Zugehörigkeit und kulturelle Vielfalt werden dabei häufig entlang von Abgrenzungs- und Exklusionslogiken geführt (Zick et al., 2011, S. 17–25).

Der politische Rechtsruck beschränkt sich nicht ausschließlich auf explizit rechte Akteurinnen und Akteure oder Parteien (Decker et al., 2024, S. 11–12). Autoritäre und ausgrenzende Deutungsmuster können vielmehr gesellschaftliche und politische Deutungs- sowie Normalitätsvorstellungen prägen und dadurch über klar abgrenzbare rechte Milieus hinaus wirksam werden (Hall, 1979, S. 14–20). Insbesondere im Zusammenhang mit Migration, sozialer Unsicherheit und gesellschaftlicher Zugehörigkeit finden entsprechende Positionen gesellschaftliche Resonanz (Heitmeyer, 2005, S. 4–8).

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen autoritäre, ausgrenzende und rechte Deutungsmuster an gesellschaftlicher Bedeutung gewinnen (Decker et al., 2024, S. 13–16). Die vorliegende Arbeit greift diese Fragestellung auf und untersucht den politischen Rechtsruck im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Entwicklungen sowie den Bedingungen seines Entstehens und seiner gesellschaftlichen Wirkung.

1.2 Gesellschaftliche Relevanz und Bedeutung für die Soziale Arbeit

Die gesellschaftliche Relevanz dieser Entwicklung zeigt sich insbesondere vor dem Hintergrund sozialer Ungleichheiten sowie öffentlicher Auseinandersetzungen über Zugehörigkeit, Teilhabe und soziale Ordnung (Heitmeyer, 2005, S. 4–8) und gesellschaftlicher Polarisierung (Decker et al., 2024, S. 13–18). Der politische Rechtsruck beeinflusst nicht nur politische Einstellungen (Decker et al., 2024, S. 13–18), sondern steht auch im Zusammenhang mit Deutungsmustern, die gesellschaftliche Zugehörigkeit, Anerkennung und die Ungleichwertigkeit sozialer Gruppen betreffen (Heitmeyer, 2005, S. 4–8). Zudem können

autoritäre und ausgrenzende Deutungen gesellschaftlicher Konflikte an Bedeutung gewinnen und Polarisierungsprozesse verstärken (Decker et al., 2024, S. 13–18).

Für die Soziale Arbeit ist diese Entwicklung von besonderer Bedeutung. Als Profession und Disziplin ist sie eng mit Fragen sozialer Gerechtigkeit, gesellschaftlicher Teilhabe und dem Umgang mit sozialer Ungleichheit verbunden (Staub-Bernasconi, 2007, S. 20–29). Gleichzeitig ist die Soziale Arbeit selbst in gesellschaftliche Macht- und Diskursverhältnisse eingebunden (Staub-Bernasconi, 2007, S. 20–29).

Politische und gesellschaftliche Verschiebungen wirken sich auf die Lebenslagen der Adressatinnen und Adressaten Sozialer Arbeit aus und verändern zugleich die Bedingungen sozialpädagogischer Praxis (Thiersch, 2014, S. 18–25). Auch das professionelle Selbstverständnis Sozialer Arbeit wird vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Entwicklungen und normativer Orientierungen fortlaufend neu ausgehandelt (Staub-Bernasconi, 2007, S. 20–31).

Insbesondere gesellschaftliche Polarisierungsprozesse können dazu beitragen, dass gesellschaftliche Konflikte verstärkt entlang politischer, kultureller oder sozialer Zugehörigkeiten wahrgenommen und ausgetragen werden (Decker et al., 2024, S. 13–18). Gleichzeitig können ausgrenzende und abwertende Deutungsmuster gegenüber Gruppen, die als „abweichend“ wahrgenommen werden, gesellschaftliche Wirksamkeit entfalten (Heitmeyer, 2005, S. 4–8). Daraus ergeben sich für die Soziale Arbeit besondere Anforderungen im Umgang mit gesellschaftlichen Konflikten, Ausgrenzung und Diskriminierung (Staub-Bernasconi, 2007, S. 20–28).

Die Individualisierung von Lebenslagen und Lebensführung erhöht zugleich die Anforderungen an die Bewältigung sozialer Problemlagen (Thiersch, 2014, S. 18–23). Fragen sozialer Exklusion, gesellschaftlicher Anerkennung und Teilhabe gewinnen dadurch an Bedeutung (Heitmeyer, 2005, S. 4–8). Damit verbunden ist auch die gesellschaftspolitische Verantwortung Sozialer Arbeit im Umgang mit sozialen Problemlagen, Ausgrenzung und Menschenrechtsverletzungen (Staub-Bernasconi, 2007, S. 20–28). Die bisher dargestellten Entwicklungen verweisen zugleich auf grundlegende gesellschaftliche Spannungsverhältnisse, die über einzelne politische Ereignisse hinausreichen und für das Verständnis des politischen Rechtsrucks von Bedeutung sind.

1.3 Demokratie im öffentlichen Diskurs als positives Leitbild

Vor dem Hintergrund dieser gesellschaftlichen Entwicklungen stellt sich die Frage, wie die gegenwärtigen Spannungen demokratischer Gesellschaften theoretisch eingeordnet werden können. Im öffentlichen und politischen Diskurs gilt Demokratie in der Regel als zentrale und legitime Form gesellschaftlicher Ordnung. Politische Konflikte und gesellschaftliche Krisen werden dabei häufig unter Bezug auf demokratische Werte und Prinzipien verhandelt (Pickel et al., 2024, S. 181–186).

Gleichzeitig sind moderne demokratische Gesellschaften eng mit kapitalistischen Wirtschafts- und Sozialstrukturen verbunden, die soziale Ungleichheiten hervorbringen und reproduzieren können. Daraus ergibt sich ein Spannungsverhältnis zwischen demokratischen Ansprüchen auf politische Gleichheit und gesellschaftliche Teilhabe einerseits sowie ökonomischen Ungleichheits- und Machtverhältnissen andererseits (Streeck, 2011, S. 5–10).

Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, den politischen Rechtsruck in seinen gesellschaftlichen Entstehungs- und Wirkungszusammenhängen zu analysieren (Decker et al., 2024, S. 13–18). Dabei kann dieser im Zusammenhang mit sozialen, politischen und ökonomischen Entwicklungen sowie den strukturellen Spannungen demokratisch-kapitalistischer Gesellschaften betrachtet werden (Streeck, 2011, S. 20–24).

1.4 Zielsetzung und Erkenntnisinteresse der Arbeit

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, den politischen Rechtsruck in Deutschland als gesellschaftliches Phänomen zu analysieren und ihn im Zusammenhang mit strukturellen Widersprüchen demokratisch-kapitalistischer Gesellschaften zu untersuchen.

Dabei soll insbesondere herausgearbeitet werden, inwiefern soziale Ungleichheit, gesellschaftliche Unsicherheit und politische Diskurse zur Entstehung und Stabilisierung rechter sowie autoritärer Deutungsmuster beitragen können.

Darüber hinaus untersucht die Arbeit, welche gesellschaftlichen Folgen mit diesen Entwicklungen verbunden sind und welche Bedeutung sie für die Praxis Sozialer Arbeit besitzen. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Frage, wie soziale Problemlagen politisch interpretiert werden und welche Auswirkungen dies auf gesellschaftliche Teilhabe, soziale Exklusion sowie professionelle Handlungskontexte Sozialer Arbeit haben kann.

Die Arbeit erhebt keinen Anspruch auf eine vollständige Erklärung des politischen Rechtsrucks. Psychologische, individualbiografische oder kommunikationswissenschaftliche Perspektiven, etwa hinsichtlich Mediennutzung, Wahlverhalten oder Radikalisierungsprozessen, werden nicht vertieft behandelt. Der Fokus liegt stattdessen auf gesellschaftlichen Strukturbedingungen und politischen Diskursen. Die Wahl dieser Perspektive ergibt sich aus dem Erkenntnisinteresse der Arbeit, den politischen Rechtsruck als gesellschaftliches und nicht ausschließlich individuelles oder parteipolitisches Phänomen zu analysieren.

1.5 Forschungsfrage

Ausgehend von dieser Zielsetzung ergibt sich folgende Forschungsfrage:

Inwiefern spiegelt der politische Rechtsruck in Deutschland strukturelle Widersprüche des demokratischen Kapitalismus wider, und welche Auswirkungen hat dieser Rechtsruck auf soziale Ungleichheit und die Praxis Sozialer Arbeit?

1.6 Aufbau der Arbeit

Zur Beantwortung der Forschungsfrage wird zunächst ein theoretischer Rahmen entwickelt, in dem zentrale Zusammenhänge zwischen demokratischem Kapitalismus, Demokratie und sozialer Ungleichheit dargestellt werden. Anschließend wird der politische Rechtsruck in Deutschland hinsichtlich seiner Erscheinungsformen sowie seiner gesellschaftlichen Ursachen und Rahmenbedingungen untersucht.

Darauf aufbauend erfolgt eine diskursanalytische Untersuchung ausgewählter politischer Texte und Aussagen. Im Mittelpunkt steht dabei die Analyse zentraler Deutungsmuster im Kontext von Migration, sozialer Ungleichheit, gesellschaftlicher Ordnung und politischer Krisenbearbeitung.

Im weiteren Verlauf werden die gesellschaftlichen Folgen des politischen Rechtsrucks sowie dessen Bedeutung für die Soziale Arbeit betrachtet. Abschließend werden die zentralen Ergebnisse der Arbeit zusammengeführt, die Forschungsfrage beantwortet sowie die theoretischen und methodischen Grenzen der Untersuchung reflektiert.

2. Gesellschaftliche Krisendynamiken im demokratischen Kapitalismus und der politische Rechtsruck

2.1 Demokratie, Kapitalismus und demokratischer Kapitalismus

Das Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus ist durch unterschiedliche gesellschaftliche Ordnungslogiken geprägt. Kapitalismus lässt sich als eine Produktionsweise bestimmen, die auf privatem Eigentum an Produktionsmitteln, Kapitalverwertung und der Produktion von Mehrwert beruht. Ein zentrales Strukturmerkmal kapitalistischer Gesellschaften besteht dabei in der Verwandlung von Arbeitskraft in eine Ware, wodurch ein grundlegendes Spannungsverhältnis zwischen Kapital und Arbeit entsteht (Marx, 2009, S. 184–188). Soziale Ungleichheit erscheint in dieser Perspektive nicht als zufälliges Nebenprodukt, sondern als strukturell mit kapitalistischer Akkumulation und asymmetrischen Machtverhältnissen verbunden (Marx, 2009, S. 592–598).

Demokratie beruht demgegenüber auf einer anderen gesellschaftlichen Logik. Sie lässt sich als politische Herrschaftsform verstehen, in der institutionalisierte Willensbildung, politische Beteiligung und die formale Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger zentrale Grundlagen politischer Ordnung bilden. Damit setzt Demokratie zumindest formal voraus, dass Bürgerinnen und Bürger als politisch Gleiche an Prozessen der Willensbildung und Entscheidungsfindung beteiligt sind (Braun & Schmitt, 2009, S. 53–58).

Aus gesellschaftstheoretischer Perspektive Streecks ergibt sich aus der Verbindung dieser beiden Logiken ein grundlegendes Spannungsverhältnis demokratisch-kapitalistischer Gesellschaften. Während Demokratie politische Gleichheit und Teilhabe voraussetzt, bleiben kapitalistische Gesellschaften durch ungleiche Eigentums-, Ressourcen- und Machtverhältnisse strukturiert (Streeck, 2011, S. 7–10). Dieses Spannungsverhältnis wird dadurch verschärft, dass kapitalistische Akkumulationsprozesse soziale Ungleichheiten nicht nur hervorbringen, sondern auch reproduzieren können (Marx, 2009, S. 592–598). Die formale Gleichheit demokratischer Bürgerinnen und Bürger steht somit in einem dauerhaften Spannungsverhältnis zu den realen ökonomischen Ungleichheiten kapitalistischer Gesellschaften (Streeck, 2011, S. 7–10).

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwiefern demokratische Gleichheit unter Bedingungen ökonomischer Ungleichheit tatsächlich politisch wirksam werden kann. Demokratische Institutionen können zwar formal bestehen bleiben, ihre politische Wirksamkeit wird jedoch durch ökonomische Machtasymmetrien und gesellschaftliche Interessenstrukturen beeinflusst (Deppe, 2013, S. 52–55). Crouch beschreibt diese Entwicklung als eine

postdemokratische Konstellation, in der demokratische Verfahren weiterhin bestehen, politische Entscheidungsprozesse jedoch zunehmend unter den Einfluss wirtschaftlicher Akteurinnen und Akteure und professioneller Interessengruppen geraten (Crouch, 2008, S. 10–14). Demokratie wird dadurch nicht aufgehoben, ihre egalitäre Substanz kann jedoch durch ungleiche gesellschaftliche Einflussmöglichkeiten begrenzt werden (Crouch, 2008, S. 10–14).

Der Begriff des demokratischen Kapitalismus fasst diese widersprüchliche Verbindung von kapitalistischer Marktökonomie und demokratischer Herrschaft analytisch zusammen. Streeck beschreibt den demokratischen Kapitalismus als eine historisch gewachsene Formation, in der demokratische Politik und kapitalistische Ökonomie institutionell miteinander verbunden sind, zugleich jedoch unterschiedlichen gesellschaftlichen Logiken folgen. Für die vorliegende Arbeit bildet dieser gesellschaftstheoretische Zugang den theoretischen Ausgangspunkt, da der politische Rechtsruck im Folgenden nicht isoliert als parteipolitisches Einzelphänomen betrachtet wird, sondern im Zusammenhang des Spannungsverhältnisses von politischer Gleichheit und ökonomischer Ungleichheit analysiert wird (Streeck, 2014, S. 40–44).

2.1.1 Historische Entwicklung und staatliche Stabilisierung demokratisch-kapitalistischer Gesellschaften

Das Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus entwickelte sich historisch nicht widerspruchsfrei, sondern wurde durch politische und institutionelle Arrangements stabilisiert. Kapitalismus und Demokratie entstanden über längere historische Zeiträume parallel und stabilisierten sich insbesondere in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zeitweise gegenseitig, etwa im Rahmen des organisierten Kapitalismus und der sozialen Marktwirtschaft (Kocka, 2016, S. 40–44). Die politische Stabilisierung demokratisch-kapitalistischer Gesellschaften beruhte dabei wesentlich auf wohlfahrtsstaatlichen Regelungen sowie auf institutionellen Formen gesellschaftlicher Konfliktregulierung. Soziale Spannungen konnten dadurch nicht aufgehoben, aber politisch bearbeitbar gemacht werden (Streeck, 2014, S. 40–45).

Diese historische Stabilisierung bedeutete jedoch nicht, dass die grundlegenden Widersprüche kapitalistischer Gesellschaften verschwanden. Konflikte zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Marktlogik und sozialstaatlicher Regulierung sowie zwischen Eigentumsordnung und demokratischer Teilhabe blieben bestehen, wurden jedoch institutionell eingehegt und reguliert. Der demokratische Staat übernimmt in diesem Zusammenhang nicht lediglich die Funktion eines Instruments einzelner Kapitalinteressen,

sondern sichert zugleich die gesellschaftlichen Voraussetzungen kapitalistischer Produktions- und Eigentumsverhältnisse ab. Staatliche Institutionen wirken damit an der Stabilisierung gesellschaftlicher Ordnung mit, bleiben jedoch zugleich an die ökonomischen Voraussetzungen kapitalistischer Akkumulation gebunden (Offe, 2019, S. 3–6).

Daraus ergibt sich die widersprüchliche Vermittlungsfunktion des demokratischen Staates. Einerseits muss er gesellschaftliche Konflikte regulieren, politische Zustimmung organisieren und demokratische Legitimation herstellen. Andererseits bleibt staatliches Handeln von den ökonomischen Bedingungen kapitalistischer Produktion und Verwertung abhängig (Offe, 2019, S. 5–6). Das Spannungsverhältnis zwischen demokratischer Legitimation und kapitalistischer Akkumulation verschärft sich insbesondere unter neoliberalen Bedingungen, wenn demokratische Verfahren formal bestehen bleiben, während ökonomisch starke Akteurinnen und Akteure privilegierte Einflussmöglichkeiten erhalten und Markt- sowie Wettbewerbsordnungen rechtlich abgesichert werden (Deppe, 2013, S. 52–55). Gleichzeitig kann sich politische Steuerung zunehmend an Wettbewerbsfähigkeit, Marktlogik und ökonomischer Stabilisierung orientieren (Marti, 2008, S. 297–304).

Für die vorliegende Arbeit ist dabei besonders relevant, dass demokratisch-kapitalistische Gesellschaften dauerhaft auf institutionelle Konfliktbearbeitung angewiesen bleiben. Parteien, Wohlfahrtsstaat, Recht und politische Interessenvermittlung tragen zur gesellschaftlichen Stabilisierung bei, können dabei jedoch zugleich bestehende Ungleichheits- und Machtverhältnisse reproduzieren (Offe, 2019, S. 51–55). Die historische Stabilisierung des demokratischen Kapitalismus bildet damit zugleich den Hintergrund späterer Krisen-, Entfremdungs- und Legitimationsprobleme demokratisch-kapitalistischer Gesellschaften (Streeck, 2014, S. 40–45).

2.1.2 Demokratie zwischen Legitimation, Konfliktbearbeitung und Herrschaftssicherung

Demokratie erfüllt in modernen Gesellschaften mehrere Funktionen zugleich. Politische Herrschaft beruht dabei nicht allein auf staatlicher Durchsetzungsmacht, sondern auch auf gesellschaftlicher Anerkennung, Zustimmung und öffentlicher Rechtfertigung (Braun & Schmitt, 2009, S. 53–58). Demokratische Legitimation wird insbesondere über institutionalisierte Beteiligung, Interessenvermittlung sowie öffentliche und kontrollierbare Entscheidungsprozesse hergestellt. Demokratie dient damit nicht nur der politischen

Entscheidungsfindung, sondern zugleich der Herstellung gesellschaftlicher Legitimität (Benz, 1998, S. 201–202).

Unter demokratisch-kapitalistischen Bedingungen übernimmt Demokratie darüber hinaus eine konfliktregulierende Funktion. Politische Parteien, wohlfahrtsstaatliche Arrangements und institutionalisierte Verfahren vermitteln zwischen gesellschaftlichen Interessen und tragen dadurch zur Stabilisierung kapitalistischer Demokratien bei (Offe, 2019, S. 51–55). Gesellschaftliche Gegensätze werden dabei nicht aufgehoben, sondern in institutionelle Formen überführt, in denen sie politisch bearbeitet und reguliert werden können. Demokratische Konfliktbearbeitung dient damit zugleich der politischen Integration gesellschaftlicher Spannungen (Offe, 2019, S. 77–84).

Diese Form der Konfliktregulierung bleibt jedoch ambivalent. Demokratie ermöglicht öffentliche Kritik, politische Partizipation und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse, da demokratische Legitimation wesentlich auf öffentlicher Meinungs- und Willensbildung beruht (Müller-Doohm, 2009, S. 505–515). Demokratie kann daher nicht als konfliktfreie Ordnung verstanden werden, sondern basiert auf der dauerhaften Austragung gesellschaftlicher Gegensätze (Mouffe, 1999, S. 752–757). Gleichzeitig können demokratische Verfahren bestehende gesellschaftliche Verhältnisse stabilisieren, indem soziale Konflikte institutionell kanalisiert und politisch begrenzt werden (Offe, 2019, S. 77–84).

Problematisch wird dieses Verhältnis insbesondere dort, wo formale demokratische Gleichheit durch ökonomische Machtasymmetrien und ungleiche politische Einflussmöglichkeiten begrenzt bleibt (Crouch, 2008, S. 10–14). Demokratische Verfahren können unter diesen Bedingungen formal bestehen bleiben, während politische Entscheidungsprozesse zunehmend durch wirtschaftliche Interessen und privilegierte gesellschaftliche Akteurinnen und Akteure beeinflusst werden (Deppe, 2013, S. 52–55). Kritik am demokratischen Kapitalismus richtet sich daher nicht gegen demokratische Prinzipien selbst, sondern gegen die Einschränkung demokratischer Gleichheit und politischer Teilhabe unter Bedingungen ökonomischer und hegemonialer Machtasymmetrien (Mouffe, 1999, S. 752–753).

Demokratischer Kapitalismus bleibt damit durch ein dauerhaftes Spannungsverhältnis zwischen demokratischer Gleichheit, kapitalistischer Ungleichheit und staatlicher Konfliktregulierung geprägt (Streeck, 2011, S. 7–10). Dieses Spannungsverhältnis bildet den theoretischen Ausgangspunkt der weiteren Untersuchung, da politische Rechtsverschiebungen, soziale Unsicherheit und autoritäre Deutungsmuster im Folgenden nicht isoliert betrachtet, sondern im Zusammenhang krisenhafter Entwicklungen demokratisch-kapitalistischer Gesellschaften analysiert werden (Streeck, 2014, S. 40–45).

Institutionelle Konfliktbearbeitung bleibt dabei zugleich an gesellschaftliche Macht- und Ungleichheitsverhältnisse gebunden (Offe, 2019, S. 77–84).

2.2 Soziale Ungleichheit, Prekarisierung und gesellschaftliche Desintegration

2.2.1 Reproduktion sozialer Ungleichheit

Soziale Ungleichheit bezeichnet die ungleiche Verteilung gesellschaftlich relevanter Ressourcen, Lebensbedingungen und Handlungsmöglichkeiten zwischen Individuen oder sozialen Gruppen (Hradil, 2016, S. 248–250). Ungleichheit entsteht dabei nicht ausschließlich aus individuellen Unterschieden, sondern wird wesentlich durch gesellschaftliche Strukturbedingungen geprägt (Hradil, 2016, S. 248–250). Aus marxistischer Perspektive erscheint soziale Ungleichheit daher als strukturelles Ergebnis kapitalistischer Produktions- und Akkumulationsprozesse, in denen Eigentums-, Besitz- und Machtverhältnisse ungleich verteilt sind und fortlaufend reproduziert werden (Marx, 2009, S. 592–598).

Die Reproduktion sozialer Ungleichheit erfolgt dabei nicht ausschließlich über ökonomische Besitzverhältnisse. Auch soziale Herkunft, Bildungschancen und institutionelle Zugänge beeinflussen langfristig gesellschaftliche Teilhabe- und Aufstiegsmöglichkeiten (Bauer et al., 2012, S. 18–23). Soziale Herkunft wirkt sich insbesondere auf Bildungs-, Erwerbs- und Teilhabechancen aus und trägt dadurch zur Verstetigung sozialer Ungleichheit bei (Bauer et al., 2012, S. 18–23). Im Anschluss an Bourdieus Theorie sozialer Ungleichheit lässt sich soziale Reproduktion zudem als Ergebnis ungleich verteilter ökonomischer, sozialer und kultureller Ressourcen verstehen, die gesellschaftliche Positionen und Handlungsmöglichkeiten strukturieren. Soziale Ungleichheit betrifft damit nicht nur materielle Unterschiede, sondern prägt zugleich die Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe, Anerkennung und sozialer Sicherheit (Rössel & Beckert-Zieglschmid, 2002, S. 498–503).

Dauerhaft ungleiche Bildungs-, Erwerbs- und Aufstiegchancen können soziale Unsicherheit und Ausschlusserfahrungen verstärken und dadurch Voraussetzungen für gesellschaftliche Desintegrationsprozesse schaffen (Bauer et al., 2012, S. 18–23). Gesellschaftliche Ungleichheitsverhältnisse wirken somit nicht nur auf ökonomischer Ebene, sondern beeinflussen auch soziale Integration und gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten (Rössel & Beckert-Zieglschmid, 2002, S. 498–503).

2.2.2 Prekarisierung, gesellschaftliche Unsicherheit und politische Entfremdung

Prekarisierung bezeichnet die zunehmende Unsicherheit von Erwerbs- und Lebensverhältnissen unter Bedingungen flexibilisierter Arbeitsmärkte und instabiler Beschäftigungsformen. Erwerbsarbeit fungiert dabei als zentrale Grundlage gesellschaftlicher Integration, bleibt jedoch zugleich mit dem Risiko sozialer Ausgrenzung verbunden. Mit der Ausbreitung prekärer Beschäftigung entstehen „Zonen des Prekären und der Entkoppelung“, in denen Menschen dauerhaft von stabiler Erwerbsarbeit, sozialer Sicherheit und gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen werden können. Prekarisierung betrifft damit nicht nur ökonomische Lebensbedingungen, sondern auch gesellschaftliche Integrations- und Teilhabemöglichkeiten (Ehmer, 2003, S. 314–315).

Prekarität lässt sich darüber hinaus nicht ausschließlich als individuelle Unsicherheit verstehen, sondern auch als gesellschaftlicher Struktur- und Disziplinierungsmechanismus. Unsichere Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse können soziale Hierarchien stabilisieren, den Konkurrenzdruck verstärken und den Anpassungsdruck innerhalb der Arbeitsgesellschaft erhöhen (Dörre, 2011, S. 394–399). Prekarisierung betrifft dabei nicht nur unmittelbar prekär Beschäftigte, sondern kann auch innerhalb formal integrierter Beschäftigtengruppen Abstiegsängste und Statusunsicherheiten erzeugen. Gesellschaftliche Unsicherheit wird dadurch über prekäre Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse hinaus zu einer breiteren sozialen Erfahrung (Dörre, 2008, S. 4406–4414).

Für die Analyse rechter Anschlussfähigkeit ist dabei entscheidend, dass Prekarisierung nicht automatisch rechte Einstellungen hervorbringt. Unsichere Lebenslagen, Anerkennungsverluste und Erfahrungen politischer Ohnmacht können jedoch Deutungsmuster begünstigen, in denen gesellschaftliche Konflikte nicht als strukturelle Verteilungs- und Teilhabefragen, sondern als Konflikte zwischen gesellschaftlichen Gruppen interpretiert werden. Autoritäre und ausgrenzende Deutungsmuster können insbesondere dort anschlussfähig werden, wo gesellschaftliche Unsicherheit mit Erfahrungen sozialer Desintegration verbunden ist (Heitmeyer, 2005, S. 10–17).

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit beschreibt in diesem Zusammenhang ein Syndrom unterschiedlicher Abwertungsformen, das auf Vorstellungen gesellschaftlicher Ungleichwertigkeit beruht und sich unter anderem in Fremdenfeindlichkeit, Rassismus oder Islamophobie ausdrücken kann (Heitmeyer, 2005, S. 1–8). Soziale Unsicherheit, gesellschaftliche Spaltung und Desintegration können die Anschlussfähigkeit solcher Deutungsmuster verstärken. Gesellschaftliche Konflikte werden dadurch verstärkt entlang von Zugehörigkeits- und Abwertungsmustern verarbeitet, anstatt als Ausdruck sozialer

Ungleichheits- und Verhältnissverhältnisse verstanden zu werden (Heitmeyer, 2005, S. 10–18).

Politische Entfremdung bildet in diesem Zusammenhang eine weitere Vermittlungsdimension. Zweifel daran, ob politische Institutionen gesellschaftliche Interessen angemessen vertreten, sowie das Gefühl fehlender Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungen können politische Distanz und Ohnmachtserfahrungen verstärken (Pickel et al. 2024, S. 198–199). Für die vorliegende Arbeit ist deshalb relevant, dass soziale Ungleichheit, Prekarisierung und politische Entfremdung gemeinsam gesellschaftliche Bedingungen schaffen können, unter denen rechte und autoritäre Diskurse an Anschlussfähigkeit gewinnen (Heitmeyer, 2005, S. 15–18). Erfahrungen sozialer Unsicherheit und politischer Nicht-Repräsentation bilden damit einen wichtigen gesellschaftlichen Hintergrund für autoritäre und ausgrenzende Konfliktdeutungen (Decker et al., 2024, S. 22–23).

2.3 Autoritäre Dynamiken und der politische Rechtsruck

2.3.1 Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Neue Rechte

Rechtsextremismus bezeichnet in der politikwissenschaftlichen Forschung autoritäre und antipluralistische Einstellungen beziehungsweise Bewegungen, deren gemeinsames Merkmal Vorstellungen gesellschaftlicher Ungleichwertigkeit darstellen (Virchow, 2016, S. 15–19). Diese Vorstellungen äußern sich insbesondere in ethnonationalistischen, rassistischen, antisemitischen und sozialdarwinistischen Positionen, die demokratische und pluralistische Ordnungsvorstellungen ablehnen (Virchow, 2016, S. 17–18). Rechtsextremismus beschränkt sich dabei nicht ausschließlich auf klar abgrenzbare Randgruppen oder Organisationen, sondern kann gesellschaftliche und politische Diskurse beeinflussen, wenn menschenfeindliche oder antipluralistische Deutungsmuster breitere gesellschaftliche Anschlussfähigkeit gewinnen (Virchow, 2016, S. 20–24).

Vom Rechtsextremismus zu unterscheiden ist der Rechtspopulismus. Populismus lässt sich als eine Form politischen Protesthandelns beschreiben, die personalisierend, moralisierend und häufig über die Gegenüberstellung von „Volk“ und „Elite“ operiert (Priester, 2016, S. 533–535). Rechtspopulistische Deutungsmuster konstruieren gesellschaftliche Konflikte über die Vorstellung eines homogenen „Volkes“, dessen Interessen einer vermeintlich korrupten oder abgehobenen Elite entgegengesetzt werden. Der Anspruch, den „wahren Volkswillen“ zu vertreten, verbindet sich dabei häufig mit nationalistischen und exkludierenden Vorstellungen gesellschaftlicher Zugehörigkeit (Priester, 2016, S. 535–540).

Rechtspopulismus ist dabei nicht mit Rechtsextremismus gleichzusetzen. Rechtspopulistische Akteurinnen und Akteure bewegen sich häufig innerhalb demokratischer Verfahren und institutioneller Strukturen, können zugleich jedoch rechtsstaatliche und pluralistische Prinzipien unterminieren (Priester, 2016, S. 533–534). Gerade diese Ambivalenz trägt zur politischen Anschlussfähigkeit rechtspopulistischer Positionen bei. Gesellschaftliche Unzufriedenheit, Repräsentationsprobleme oder politische Krisenwahrnehmungen können aufgegriffen werden, werden jedoch häufig in antipluralistische, nationalistische und ausgrenzende Deutungsmuster überführt (Priester, 2016, S. 545–555).

Die Neue Rechte unterscheidet sich von klassischen rechtsextremen Bewegungen insbesondere durch ihre strategische Ausrichtung auf kulturelle und gesellschaftliche Einflussnahme. Im Zentrum steht eine metapolitische Strategie, die auf die Verschiebung gesellschaftlicher Deutungsmuster sowie auf die Erlangung kultureller Hegemonie abzielt (Langebach & Raabe, 2021, S. 100–101). An die Stelle eines offenen biologischen Rassismus treten dabei häufig ethnopluralistische Konzepte, die kulturelle Homogenität sowie die Trennung ethnischer und kultureller Gruppen betonen (Langebach & Raabe, 2021, S. 99–100). Die gesellschaftliche Anschlussfähigkeit entsprechender Positionen soll insbesondere über publizistische Netzwerke, intellektuelle Debatten und mediale Diskursinterventionen hergestellt werden (Langebach & Raabe, 2021, S. 108–109).

Für die vorliegende Arbeit ist diese begriffliche Differenzierung zentral, da der politische Rechtsruck nicht als einheitliches Phänomen verstanden werden kann. Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Neue Rechte überschneiden sich zwar in nationalistischen, antipluralistischen und exkludierenden Deutungsmustern, unterscheiden sich jedoch hinsichtlich ihrer politischen Strategie, Organisationsform und ihres Verhältnisses zu demokratischen Institutionen (Virchow, 2016, S. 15–24). Rechtspopulistische und neurechte Akteurinnen und Akteure bewegen sich dabei häufig innerhalb demokratischer Diskurse und Verfahren, während gleichzeitig antipluralistische und ausgrenzende Deutungsmuster gesellschaftlich normalisiert werden können (Priester, 2016, S. 533–545). Die begriffliche Differenzierung dient daher dazu, unterschiedliche Formen rechter Mobilisierung und Diskursverschiebung analytisch voneinander abzugrenzen (Langebach & Raabe, 2021, S. 108–109).

2.3.2 Gesellschaftliche Ursachen rechter Mobilisierung

Die Entwicklung rechter Bewegungen in Deutschland nach 1945 war zunächst durch organisatorische und ideologische Kontinuitäten nationalsozialistischer sowie völkisch-nationalistischer Strukturen geprägt. Parteien wie die Sozialistische Reichspartei (SRP), die Deutsche Reichspartei (DRP) und später die NPD versuchten, entsprechende Positionen innerhalb der demokratischen Nachkriegsgesellschaft politisch zu reorganisieren und parlamentarisch zu verankern (Botsch, 2016, S. 43–47). Seit den 1980er- und insbesondere den 1990er-Jahren differenzierten sich rechte Bewegungen organisatorisch und kulturell weiter aus und entwickelten sich zunehmend über klassische Parteistrukturen hinaus zu breiteren gesellschaftlichen und kulturellen Erscheinungsformen (Botsch, 2016, S. 46–48).

Mit der Wiedervereinigung verschoben sich rechte Mobilisierungsformen verstärkt hin zu gesellschaftlich breiter verankerten Ressentiment- und Gewaltpotenzialen. Die in Kapitel 2.2 dargestellten Prozesse sozialer Unsicherheit und Desintegration bildeten dabei einen wichtigen gesellschaftlichen Hintergrund dieser Entwicklungen (Heitmeyer, 2005, S. 17–18).

Eine ausschließlich ökonomische Erklärung rechter Mobilisierung greift jedoch zu kurz. Rechtspopulistische Orientierungen entstehen nicht nur im Zusammenhang materieller Verschlechterungen, sondern ebenso im Kontext kultureller Verunsicherung, politischer Repräsentationskrisen und gesellschaftlicher Entfremdung (Priester, 2016, S. 553–555). Auch empirische Befunde von Dörre et al. widersprechen monokausalen Erklärungsansätzen und verweisen zugleich auf die Bedeutung sozialer Klassen- und Ungleichheitsverhältnisse (Dörre et al., 2018, S. 55–56). Rechte Mobilisierung entsteht somit im Zusammenspiel sozialer, politischer und kultureller Krisen- und Deutungsprozesse (Priester, 2016, S. 553–555).

Soziale und ökonomische Problemlagen werden von vielen Beschäftigten als politisch nicht ausreichend repräsentiert wahrgenommen (Dörre et al., 2018, S. 64–65). Gleichzeitig können sich Protestpotenziale mit ethnisierten Deutungen gesellschaftlicher Konflikte verbinden (Dörre et al., 2018, S. 55–56). Gesellschaftliche Konflikte erscheinen dadurch zunehmend als nationale oder kulturelle Konflikte zwischen einem vermeintlichen „Innen“ und „Außen“, wodurch exklusive Solidaritätsvorstellungen gestärkt werden können (Dörre et al., 2018, S. 68–71). Rechtspopulistische Angebote können insbesondere dort gesellschaftliche Anschlussfähigkeit gewinnen, wo politische Repräsentationsprobleme mit sozialen und kulturellen Konfliktdeutungen zusammenfallen (Dörre et al., 2018, S. 68–71).

Gegenwärtige kapitalistische Gesellschaften sind durch sinkendes Wirtschaftswachstum und steigende Verschuldung geprägt (Streeck, 2014, S. 35–38). Zunehmende soziale Ungleichheit

kann dadurch gesellschaftliche Spannungen und Verteilungskonflikte verstärken (Streeck, 2014, S. 47–48). Gleichzeitig verweist die Leipziger Autoritarismus Studie 2024 darauf, dass rechtsextreme Einstellungen weniger durch die objektive soziale Lage als vielmehr durch subjektive Deprivationserfahrungen und wirtschaftliche Krisenwahrnehmungen beeinflusst werden. Gesellschaftliche Krisenerfahrungen werden damit wesentlich über subjektive Wahrnehmungs- und Deutungsprozesse verarbeitet (Kiess et al., 2024, S. 118–123).

Rechte Mobilisierung muss daher mehrdimensional erklärt werden. Ökonomische Krisendynamiken, kulturelle Konflikte, subjektive Deprivation, politische Entfremdung und strategische Mobilisierung durch rechtspopulistische Akteurinnen und Akteure wirken nicht isoliert, sondern können sich gegenseitig verstärken (Priester, 2016, S. 553–555). Eine materialistische Perspektive bleibt für die Analyse gesellschaftlicher Krisen- und Ungleichheitsverhältnisse weiterhin zentral, muss jedoch durch empirische Befunde zu subjektiver Wahrnehmung, politischer Repräsentation und kultureller Konfliktdeutung ergänzt werden (Dörre et al., 2018, S. 55–56).

2.3.3 Diskursive Verschiebungen und autoritäre Dynamiken

Die Leipziger Autoritarismus Studie 2024 verweist darauf, dass autoritäre Einstellungen eng mit gesellschaftlichen Krisenwahrnehmungen, Unsicherheitserfahrungen und politischer Entfremdung verbunden sind (Decker et al., 2024, S. 9–14). Besonders deutlich zeigt sich eine zunehmende Polarisierungsbereitschaft, die sich gegen gesellschaftliche Minderheiten sowie gegen demokratische und pluralistische Ordnungsvorstellungen richten kann (Decker et al., 2024, S. 12–18). Der politische Rechtsruck lässt sich vor diesem Hintergrund nicht ausschließlich als parteipolitisches Phänomen verstehen, sondern auch als Ausdruck autoritärer Dynamiken und gesellschaftlicher Konfliktverschiebungen innerhalb demokratischer Gesellschaften. Zudem wird deutlich, dass Krisenwahrnehmungen, politische Entfremdung und autoritäre Einstellungen in engem Zusammenhang stehen (Decker et al., 2024, S. 13–18).

Im Zusammenhang dieser Entwicklungen lassen sich diskursive Verschiebungen beobachten, durch die sich die Grenzen des gesellschaftlich Sagbaren erweitern (Küpper, 2019, S. 76–77). Rechtspopulistische und rechtsextreme Akteurinnen und Akteure arbeiten dabei gezielt mit Bedrohungsszenarien, um Ängste vor Migration und gesellschaftlichem Wandel politisch zu mobilisieren (Küpper, 2019, S. 80–81). Migration, nationale Identität und Sicherheit werden dadurch zunehmend als zentrale gesellschaftliche Konfliktfelder politisch aufgeladen (Küpper,

2019, S. 79–81). Diskursive Verschiebungen betreffen somit nicht nur einzelne politische Positionen, sondern auch gesellschaftliche Wahrnehmungs- und Normalitätsvorstellungen. Aus dieser Perspektive erscheinen Diskursverschiebungen nicht lediglich als Veränderungen politischer Kommunikation, sondern zugleich als Ausdruck veränderter gesellschaftlicher Konfliktverarbeitungen und Deutungsmuster (Küpper, 2019, S. 76–82).

Rechte Narrative können insbesondere dann gesellschaftliche Normalisierung erfahren, wenn etablierte politische *Akteurinnen* und Akteure entsprechende Positionen übernehmen oder sich sprachlich an diese annähern (Küpper, 2019, S. 78–80). Gleichzeitig können demokratische Institutionen, Medien und zivilgesellschaftliche *Akteurinnen* und Akteure unter Druck geraten, wodurch sich die Handlungsspielräume demokratischer Öffentlichkeit schrittweise verengen können (Küpper, 2019, S. 81–82). Politische Rechtsverschiebungen zeigen sich dadurch nicht nur in Wahlergebnissen, sondern auch in veränderten gesellschaftlichen Deutungsmustern, Sprachregelungen und Vorstellungen gesellschaftlicher Normalität (Küpper, 2019, S. 76–82).

Diese diskursiven Verschiebungen lassen sich mit Krisen- und Entfremdungsprozessen demokratisch-kapitalistischer Gesellschaften verbinden, ohne sie darauf zu reduzieren. Unter Bedingungen anhaltender wirtschaftlicher Krisen, wachsender sozialer Ungleichheit und neoliberaler Deregulierung geraten demokratische Steuerungs- und Beteiligungsformen zunehmend unter Druck (Streeck, 2014, S. 40–45). Gesellschaftliche Konflikte können unter diesen Bedingungen verstärkt über Ordnung, Kontrolle und Sicherheit bearbeitet werden (Deppe, 2013, S. 53–59). Demokratische Institutionen bleiben dabei formal bestehen, während politische Entscheidungsprozesse zugleich stärker durch wirtschaftliche Eliten und professionelle Interessengruppen beeinflusst werden können. Damit lässt sich ein Zusammenhang zwischen postdemokratischen Repräsentationsproblemen und politischer Entfremdung herstellen, da demokratische Beteiligungsmöglichkeiten zwar formal bestehen bleiben, ihre politische Wirksamkeit jedoch begrenzt erscheinen kann (Crouch, 2008, S. 10–14). Autoritäre Konfliktbearbeitung erscheint dadurch zunehmend als gesellschaftlich anschlussfähige Form politischer Krisenverarbeitung (Deppe, 2013, S. 53–59).

Der politische Rechtsruck wird in der vorliegenden Arbeit deshalb nicht als monokausales Ergebnis ökonomischer Krisen verstanden, sondern als mehrdimensionaler Prozess. Empirische Befunde verweisen auf subjektive Deprivation, politische Entfremdung und wirtschaftliche Krisenwahrnehmungen als relevante Faktoren autoritärer Einstellungen. Gleichzeitig zeigen sich Zusammenhänge zwischen subjektiven Krisenwahrnehmungen und rechtsextremen Einstellungen (Kiess et al., 2024, S. 118–123). Theoretisch lassen sich diese Entwicklungen mit Krisentendenzen demokratisch-kapitalistischer Gesellschaften,

postdemokratischen Entleerungsprozessen und autoritären Formen gesellschaftlicher Konfliktbearbeitung verbinden (Streeck, 2014, S. 40–45). Für die weitere Analyse ist daher entscheidend, wie rechte Diskurse soziale Unsicherheit, kulturelle Bedrohungswahrnehmungen und politische Repräsentationsdefizite miteinander verknüpfen und daraus autoritäre Deutungsangebote entwickeln (Küpper, 2019, S. 76–82).

3. Methodisches Vorgehen: Kritische Diskursanalyse politischer Kommunikation

3.1 Theoretische Grundlagen der Diskursanalyse

Die theoretischen Grundlagen der Diskursanalyse bilden den Ausgangspunkt der vorliegenden Untersuchung. Diskurse werden dabei nicht lediglich als sprachliche Äußerungen verstanden, sondern als gesellschaftliche Praktiken, durch die Wissen produziert, strukturiert und vermittelt wird. Die Diskursanalyse richtet ihr Erkenntnisinteresse auf die Untersuchung gesellschaftlicher Wissensordnungen sowie auf die Prozesse ihrer Hervorbringung, Stabilisierung und Transformation (Keller, 2001, S. 113–116). Im Anschluss an Michel Foucault lassen sich Diskurse als historisch variable Systeme von Aussagen beschreiben, die gesellschaftliche Wissensordnungen strukturieren und festlegen, welche Inhalte innerhalb einer Gesellschaft als legitim und sagbar gelten können (Diaz-Bone, 2006, S. 243–245). Diskurse besitzen dabei gesellschaftliche Wirkungsmacht, da sie soziale Wirklichkeit nicht lediglich abbilden, sondern gesellschaftliche Wahrnehmungs-, Deutungs- und Handlungsstrukturen mit hervorbringen (Keller, 2001, S. 129–133). Bedeutungen werden innerhalb gesellschaftlicher Kommunikations- und Deutungsprozesse erzeugt, legitimiert und vermittelt (Keller, 2001, S. 113–116). Diskurse strukturieren dadurch gesellschaftliche Wissensordnungen und beeinflussen die Möglichkeiten legitimer Aussagen sowie gesellschaftlicher Deutungen (Diaz-Bone, 2006, S. 243–245).

Zentral für die Diskurstheorie ist darüber hinaus der Zusammenhang von Wissen und Macht. Wissen entsteht nach Foucault nicht unabhängig von gesellschaftlichen Machtverhältnissen, sondern wird innerhalb institutioneller und sozialer Prozesse organisiert und verbreitet. Diskurse privilegieren dadurch bestimmte Sichtweisen und gesellschaftliche Deutungsmuster, während andere marginalisiert werden können (Keller, 2001, S. 124–127). Institutionen wie Politik, Medien oder Bildungssysteme übernehmen dabei eine zentrale Funktion bei der Stabilisierung gesellschaftlicher Wissensordnungen und gesellschaftlicher Normalitätsvorstellungen (Messerschmidt, 2012, S. 289–297). Diskurse stehen somit in engem Zusammenhang mit gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen und tragen zur Strukturierung sozialer Wirklichkeit bei (Keller, 2001, S. 129–135).

Methodisch orientiert sich die vorliegende Arbeit an der Kritischen Diskursanalyse nach Norman Fairclough. Die Kritische Diskursanalyse untersucht Diskurse als gesellschaftliche Praktiken, die soziale Wirklichkeit aktiv mitkonstruieren und gleichzeitig durch gesellschaftliche Strukturen geprägt werden (Fairclough, 2001, S. 121–123). Diskurse stehen dabei in einer dialektischen Beziehung zu sozialen Verhältnissen, da sprachliche und semiotische Praktiken

gesellschaftliche Macht- und Bedeutungsordnungen reproduzieren oder verändern können (Fairclough, 2001, S. 122–123). Innerhalb gesellschaftlicher „orders of discourse“ können bestimmte Deutungsmuster hegemonial werden und dominante gesellschaftliche Sichtweisen stabilisieren, während alternative Perspektiven marginalisiert bleiben (Fairclough, 2001, S. 123–124).

Für die vorliegende Arbeit ist dieser Ansatz insbesondere deshalb relevant, weil politische Diskurse nicht isoliert als einzelne Aussagen betrachtet werden, sondern im Zusammenhang gesellschaftlicher Macht-, Ungleichheits- und Krisenverhältnisse analysiert werden sollen. Die Kritische Diskursanalyse ermöglicht es damit, politische Deutungsmuster zu Migration, sozialer Ungleichheit, Leistung, Sicherheit und gesellschaftlicher Ordnung hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Wirkungen sowie ihrer Bedeutung für die Stabilisierung oder Verschiebung gesellschaftlicher Machtverhältnisse zu untersuchen (Fairclough, 2001, S. 124–126).

3.2 Materialauswahl und Untersuchungsgegenstand

Die vorliegende Arbeit untersucht politische Diskurse des gegenwärtigen Rechtsrucks in Deutschland anhand einer qualitativen Kritischen Diskursanalyse politischer Texte (Keller, 2011, S. 83–91). Gegenstand der Untersuchung sind politische Reden, Parteiprogramme, Gesetzentwürfe, Bundestagsdebatten sowie öffentliche Stellungnahmen zu Migration, sozialer Ungleichheit, Bürgergeld, Sicherheitspolitik und staatlicher Krisenbewältigung. Die Analyse konzentriert sich auf die Diskurse politischer Akteurinnen und Akteure der CDU/CSU, FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen sowie der AfD und bezieht darüber hinaus parlamentarische Debatten des Deutschen Bundestages sowie staatliche Gesetzes- und Strategietexte ein.

Das Untersuchungskorpus umfasst zentrale politische Dokumente und Debattenbeiträge aus dem Zeitraum von 2019 bis 2025. Analysiert werden unter anderem Debatten und Gesetzentwürfe zum Bürgergeld, migrations- und sicherheitspolitische Gesetzestexte, Reden von Regierungspolitikerinnen und Regierungspolitiker sowie Oppositionspolitikerinnen und Oppositionspolitiker sowie programmatische Texte politischer Parteien. Die Auswahl orientiert sich an der thematischen Relevanz für die Forschungsfrage sowie an der gesellschaftlichen und politischen Sichtbarkeit der jeweiligen Diskurse. Die Korpusbildung erfolgt damit theorie- und erkenntnisgeleitet im Sinne qualitativer Diskursforschung (Keller, 2011, S. 86–91). Berücksichtigt werden insbesondere Texte, in denen gesellschaftliche Konflikte, soziale Ungleichheit, Migration, Sicherheit, gesellschaftliche Ordnung oder staatliche Krisenpolitik verhandelt werden.

Von besonderer Bedeutung für die Analyse sind Diskurse zu Eigenverantwortung, Leistungsorientierung, sozialstaatlicher Aktivierung, gesellschaftlicher Ordnung sowie sozialer Hierarchisierung, da diese Deutungsmuster zentrale Elemente gegenwärtiger gesellschaftlicher Konfliktbearbeitung darstellen (Groß et al., 2012, S. 2–5). Ebenso werden migrations- und sicherheitspolitische Diskurse berücksichtigt, insbesondere Debatten zu Grenzsicherung, innerer Sicherheit, Rückführungspolitik und nationaler Ordnung, da diese im Kontext rechtspopulistischer und autoritärer Dynamiken eine zentrale Rolle einnehmen (Decker et al., 2022, S. 11–18).

Der Untersuchungszeitraum konzentriert sich schwerpunktmäßig auf die Jahre 2021 bis 2025 und umfasst damit zentrale politische Debatten der aktuellen Legislaturperiode. Dazu zählen insbesondere Diskussionen um Bürgergeldreformen, migrationspolitische Verschärfungen, sicherheitspolitische Entwicklungen infolge geopolitischer Krisen sowie Debatten über gesellschaftliche Polarisierung und staatliche Krisenbewältigung. Die Auswahl des Materials erfolgt dabei nicht repräsentativ, sondern theorie- und erkenntnisgeleitet. Ziel ist es, zentrale gesellschaftliche Deutungsmuster und diskursive Verschiebungen herauszuarbeiten, die im Zusammenhang mit dem politischen Rechtsruck, gesellschaftlicher Ungleichheit und autoritären Dynamiken stehen (Keller, 2011, S. 86–91).

3.3 Vorgehen der Analyse

Die Analyse erfolgt als qualitative Kritische Diskursanalyse politischer Texte. Ziel ist es, wiederkehrende Deutungsmuster, Argumentationslogiken und politische Problemkonstruktionen herauszuarbeiten (Keller, 2011, S. 97–113). Diese werden anschließend im Zusammenhang gesellschaftlicher Wissens-, Macht- und Bedeutungsordnungen interpretiert (Fairclough, 2001, S. 121–126). Politische Aussagen werden dabei nicht isoliert betrachtet, sondern als Bestandteil gesellschaftlicher Diskurse analysiert, in denen soziale Problemlagen, Migration, Sicherheit und gesellschaftliche Ordnung politisch gedeutet und legitimiert werden.

Das analytische Vorgehen erfolgt in mehreren Schritten. Zunächst wird das Untersuchungsmaterial gesammelt und nach seiner thematischen Relevanz für die Forschungsfrage geordnet. Anschließend werden die Texte wiederholt gelesen und zentrale Themenfelder identifiziert. In einem weiteren Schritt werden daraus analytische Kategorien gebildet, die als heuristisches Ordnungsmittel der Diskursanalyse dienen. Die

Kategorienbildung orientiert sich dabei an wiederkehrenden Problemdeutungen, Argumentationsmustern und sprachlichen Grenzziehungen im Material und erfolgt in Anlehnung an die qualitative Kategorienbildung nach Mayring (1994, S. 162–172). Ausgehend von der Forschungsfrage sowie den zuvor dargestellten gesellschafts- und diskurstheoretischen Perspektiven werden zunächst vorläufige Kategorien entwickelt. Im Analyseprozess werden diese Kategorien wiederholt am Material überprüft, präzisiert und zu übergeordneten Diskursfeldern zusammengeführt (Mayring, 1994, S. 162–172).

Auf dieser Grundlage werden relevante Textstellen codiert und den zentralen Diskursfeldern zugeordnet. Dazu zählen insbesondere Leistungs- und Verantwortungsdiskurse, Diskurse über Migration und Grenzsicherung, Konstruktionen sozialer Ungleichheit, Sicherheits- und Krisendiskurse sowie Formen gesellschaftlicher Polarisierung. Die Auswahl einzelner Textstellen erfolgt danach, ob sie zentrale Deutungsmuster, politische Problemkonstruktionen oder gesellschaftliche Grenzziehungen besonders deutlich sichtbar machen. Anschließend werden diese Textstellen im Zusammenhang des jeweiligen politischen Dokuments sowie im übergeordneten gesellschaftlichen Diskurskontext interpretiert.

Die Interpretation richtet sich darauf, wie politische Diskurse soziale Ungleichheit, Migration, Sicherheit und gesellschaftliche Ordnung konstruieren und welche gesellschaftlichen Wirkungen damit verbunden sein können. Dabei wird untersucht, ob soziale Problemlagen individualisiert, kulturell umgedeutet, sicherheitspolitisch gerahmt oder entlang moralischer und nationaler Grenzziehungen verhandelt werden. Die herausgearbeiteten Diskursmuster werden schließlich mithilfe der zuvor entwickelten gesellschaftstheoretischen Perspektiven kritisch eingeordnet.

Die Arbeit weist zugleich methodische Grenzen auf. Die Untersuchung konzentriert sich auf ausgewählte politische Dokumente und parlamentarische Debatten und erhebt daher keinen Anspruch auf vollständige Repräsentativität des gesamten politischen Diskurses. Zudem handelt es sich um eine qualitative und interpretative Analyse politischer Aussagen (Keller, 2011, S. 75–80). Ziel der Arbeit ist daher nicht die Messung politischer Einstellungen, sondern die Untersuchung diskursiver Strukturen, Argumentationsmuster und gesellschaftlicher Deutungsprozesse.

4. Analyse politischer Diskurse des Rechtsrucks

4.1 Leistungs- und Verantwortungsdiskurse

Im politischen Diskurs zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik werden Erwerbsarbeit, Eigenverantwortung und gesellschaftliche Teilhabe eng miteinander verknüpft. Soziale Sicherheit erscheint dabei zunehmend an Aktivierung, Leistungsbereitschaft und Arbeitsmarktintegration gebunden. Erwerbsarbeit wird nicht allein als ökonomische Notwendigkeit, sondern zugleich als zentrale Form gesellschaftlicher Integration und Anerkennung konstruiert (Lessenich, 2003, S. 215–218).

Diese Deutungsmuster zeigen sich sowohl in parteipolitischen Programmen als auch in parlamentarischen Debatten. Im Grundsatzprogramm der CDU wird der Sozialstaat als ein System beschrieben, das „Hilfe zur Selbsthilfe“ leisten und „Chancen auf Teilhabe und Eigenverantwortung“ eröffnen soll (CDU Deutschlands, 2024, S. 1). Gleichzeitig betont die Partei das Prinzip der „Leistungsgerechtigkeit“ und formuliert den Anspruch: „Wer mehr leistet, muss sich mehr leisten können“ (CDU Deutschlands, 2024, S. 4). Auch im Zusammenhang mit der Reform des Bürgergeldes verbindet die CDU Erwerbsarbeit mit gesellschaftlicher Teilhabe, individueller Verantwortung sowie dem Prinzip des „Förderns und Forderns“ (CDU-Bundesgeschäftsstelle, 2025, S. 1). Ähnliche Argumentationsmuster finden sich im sozialpolitischen Diskurs der FDP. Im Konzept des „liberalen Bürgergeldes“ wird sozialstaatliche Unterstützung ausdrücklich an Aktivierung und Erwerbsorientierung gekoppelt. Leistungsbeziehende seien verpflichtet, „das ihnen Zumutbare zu tun“, insbesondere durch die Annahme „zumutbarer Arbeitsplätze“ und die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen (FDP-Bundesvorstand, 2019, S. 1). Vergleichbare Leitbilder finden sich ebenfalls im Gesetzentwurf zum Bürgergeld, in dem die „Arbeits- und Ausbildungsmarktintegration“ als zentrales Ziel der Grundsicherung hervorgehoben wird (Deutscher Bundestag, 2022, S. 1–2).

Der Diskurs konstruiert damit eine Leistungsordnung, in der sozialstaatliche Unterstützung, individuelle Verantwortung und gesellschaftliche Teilhabe miteinander verbunden werden. Aktivierung erscheint dabei nicht ausschließlich als Kontrollinstrument, sondern zugleich als politische Legitimation sozialstaatlicher Unterstützung: Der Sozialstaat wird als legitim dargestellt, sofern er Teilhabe ermöglicht, Eigenverantwortung stärkt und die Integration in Erwerbsarbeit fördert. Gleichzeitig entsteht dadurch eine normative Ordnung, in der Anerkennung und Teilhabe stark an Erwerbsarbeit, Leistungsbereitschaft und Anpassungsfähigkeit gebunden bleiben (Lessenich, 2003, S. 215–218).

Auch im parlamentarischen Diskurs werden diese Deutungsmuster parteiübergreifend aufgegriffen. Hubertus Heil betont „Leistungsgerechtigkeit“ und erklärt: „Arbeit muss sich lohnen“ (Deutscher Bundestag, 2023b, S. 14808). Die CDU/CSU hebt insbesondere die „Vermittlung in Arbeit“ sowie die Möglichkeit zu „eigenverantwortliche[r] Lebensgestaltung“ hervor (Deutscher Bundestag, 2023b, S. 14810). Die AfD bezeichnet das Bürgergeld als „direkte[n] Angriff auf die deutsche Leistungsgesellschaft“ und spricht zugleich von einer „Entwertung der ehrlichen Arbeit“ (Deutscher Bundestag, 2023b, S. 14812–14813).

Die Betonung von Aktivierung und Eigenverantwortung verweist somit auf ein aktivierendes Sozialstaatsverständnis, in dem sozialstaatliche Leistungen mit Anforderungen an Mitwirkung, Arbeitsbereitschaft und Arbeitsmarktintegration verbunden werden (Lessenich, 2003, S. 215–218). Diese Logik kann sozialpolitisch als Integrationsversprechen erscheinen, verstärkt jedoch zugleich Konkurrenz- und Leistungsnormen, indem soziale Anerkennung stärker an individuelle Leistungsfähigkeit und Erwerbsintegration gekoppelt wird (Dörre, 2019a, S. 981–987).

4.2 Migrations- und Sicherheitsdiskurse als soziale Grenzziehungen

4.2.1 Abwertung und Ausgrenzung konstruierter „Anderer“

Die im Folgenden untersuchten politischen Dokumente lassen erkennen, dass Fragen innerer Sicherheit, staatlicher Steuerung und Rückführungspolitik im Diskurs über Migration eng miteinander verknüpft werden. Im Rahmen der vorliegenden Analyse wird berücksichtigt, dass migrationspolitische Maßnahmen regelmäßig auch mit Fragen der Regulierung, Zuständigkeit und Sicherheitsgewährleistung begründet werden. Aus diskursanalytischer Perspektive erscheint diese Verknüpfung insbesondere dort relevant, wo Migration wiederholt vor allem im Zusammenhang mit Kriminalität, Gefahr und Kontrollbedarf thematisiert wird.

In der Rede zum „Gesetz zur besseren Rückführung“ erklärt Nancy Faeser, dass Abschiebungen „schneller und effizienter durchgeführt werden können“ müssten, und verweist zugleich auf Maßnahmen zur erleichterten Identitätsfeststellung sowie auf die „Rückführung von Straftätern und Gefährdern“. Darüber hinaus betont sie, das Gesetz unterstütze „im Kampf gegen Organisierte Kriminalität“ und erleichtere die Ausweisung „krimineller Vereinigungen“ sowie verurteilter „Schleuser“ (Faeser, 2024). Vergleichbare Deutungsmuster zeigen sich im Gesetzentwurf zum Rückführungsverbesserungsgesetz. Dort wird erklärt, Personen, die „nicht in Deutschland bleiben können“, müssten „konsequent zurückgeführt werden“, was „insbesondere die Rückführung von Straftätern“ betreffe (Deutscher Bundestag, 2023a, S. 1).

Darüber hinaus nennt der Gesetzentwurf Maßnahmen zur erleichterten Identitätsfeststellung sowie zur erleichterten Abschiebung von „Straftätern und Gefährdern“ (Deutscher Bundestag, 2023a, S. 2).

Die wiederholte Verknüpfung von Migration mit Kriminalität, Gefahr und Sicherheitsbedrohungen lässt sich mit Didier Bigos Konzept der „Securitization“ beschreiben. Bigo argumentiert, dass Migration „increasingly interpreted as a security problem“ werde und sich dadurch Kontroll- und Überwachungslogiken gegenüber Migrantinnen und Migranten verstärken können (Bigo, 2002, S. 63). Sicherheitsdiskurse produzieren dabei ein Kontinuum von Bedrohung und Unsicherheit, in dem Migration verstärkt unter Sicherheitsaspekten interpretiert wird (Bigo, 2002, S. 63–65).

Diese Sicherheitslogik ist nicht automatisch mit Ausgrenzung gleichzusetzen. Sie kann aus staatlicher Perspektive der Ordnung, Steuerung und Durchsetzung rechtlicher Verfahren dienen. Zugleich kann sie jedoch exkludierende Wirkungen entfalten, wenn bestimmte Gruppen vorrangig als Risiko, Belastung oder Sicherheitsproblem markiert werden (Bigo, 2002, S. 63–65). An dieser Stelle lassen sich die Diskursmuster mit Heitmeyers Konzept gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit einordnen. Heitmeyer beschreibt Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als die Abwertung von Personen aufgrund zugeschriebener Gruppenzugehörigkeit, wodurch bestimmte Gruppen als ungleichwertig markiert und gesellschaftlicher Ausgrenzung ausgesetzt werden können. Fremdenfeindlichkeit steht dabei insbesondere mit bedrohlich wahrgenommener kultureller Differenz sowie mit Konkurrenzvorstellungen um gesellschaftliche Ressourcen in Zusammenhang (Heitmeyer, 2005, S. 5–6).

4.2.2 Diskurse zu Migration und Abschiebung als Ausdruck sozialer Grenzziehungen

Im politischen Diskurs zum Rückführungsverbesserungsgesetz werden migrationspolitische Argumentationen eng mit ordnungs- und sicherheitspolitischen Deutungsmustern verbunden. Mit Bigo lässt sich dies als Teil einer Versicherheitlichung von Migration verstehen: Migration werde „increasingly interpreted as a security problem“, wobei ein „continuum of threats and general unease“ entstehe (Bigo, 2002, S. 63).

Diese Verknüpfung lässt sich in der Rede von Bundesinnenministerin Nancy Faeser nachvollziehen. Einerseits betont sie, Deutschland sei ein solidarisches Land und Geflüchtete könnten auf Schutz, Unterstützung sowie Integrationsangebote zählen. Andererseits erklärt

sie: „Wer in Deutschland kein Bleiberecht hat, der muss Deutschland auch wieder verlassen“, und bezeichnet dies als Voraussetzung dafür, „dass Migration in der Gesellschaft insgesamt anerkannt wird und Integration funktioniert“ (Faeser, 2024).

Auch der Gesetzentwurf zum Rückführungsverbesserungsgesetz verbindet humanitäre Verantwortung mit konsequenter Rückführung. Dort heißt es, Bund, Länder und Kommunen stünden weiterhin zu ihrer „humanitären Verantwortung“, zugleich müssten Personen, die „nicht in Deutschland bleiben können“, „konsequent zurückgeführt werden“; dies betreffe „insbesondere die Rückführung von Straftätern“ (Deutscher Bundestag, 2023a, S. 1). Konkret sieht der Gesetzentwurf unter anderem eine Verlängerung des Ausreisegewahrsams von derzeit zehn auf 28 Tage, das Betreten anderer Räumlichkeiten in Gemeinschaftsunterkünften, das frühzeitige Auslesen von Mobiltelefonen zur Identitätsklärung sowie Maßnahmen zur erleichterten Abschiebung von „Straftätern und Gefährdern“ vor (Deutscher Bundestag, 2023a, S. 2).

Die analysierten Dokumente deuten darauf hin, dass Migration in einem Diskurs verhandelt wird, in dem humanitäre Schutzansprüche, staatliche Steuerungsinteressen und sicherheitspolitische Kontrolllogiken nebeneinanderstehen. Diese Verbindung ist politisch nicht widerspruchsfrei: Einerseits können Rückführung, Identitätsklärung und Grenzmanagement als staatliche Aufgaben der Migrationssteuerung legitimiert werden. Andererseits können solche Sicherheits- und Kontrolllogiken exkludierende Wirkungen entfalten, wenn Migration vorrangig über Risiko, Begrenzung und Kontrolle wahrgenommen wird (Bigo, 2002, S. 63–65). Die Versicherheitlichung von Migration lässt sich bei Bigo entsprechend als Teil von Kontroll- und Überwachungspraktiken einordnen, die auf Grenzmanagement, Risikoanalyse und Sicherheitslogiken ausgerichtet sind (Bigo, 2002, S. 73–76).

Auch in parlamentarischen Debatten werden diese Argumentationsmuster aufgegriffen. In der ersten Beratung des Rückführungsverbesserungsgesetzes fordert die CDU/CSU unter anderem, freiwillige Aufnahmeprogramme zu stoppen, den Familiennachzug subsidiär Schutzberechtigter auszusetzen, die Liste sicherer Herkunftsstaaten zu erweitern und Rückführungsabkommen mit Herkunftsländern voranzubringen (Deutscher Bundestag, 2023c, S. 17769). In der Regierungsbefragung 2025 erklärt Thorsten Frei zudem, Migration müsse „nicht nur ordnen und steuern“, sondern auch „begrenzen“, um die „Aufnahmekapazitäten von Gesellschaft und insbesondere Städten und Gemeinden“ bewältigbar zu halten (Deutscher Bundestag, 2025, S. 61). Darüber hinaus verweist Frei auf den Schutz „nationaler Grenzen“, Grenzkontrollen und Zurückweisungen an den deutschen Grenzen (Deutscher Bundestag, 2025, S. 62).

4.3 Konstruktion sozialer Ungleichheit im Diskurs

4.3.1 Individualisierung sozialer Problemlagen

Aufbauend auf den in Kapitel 4.1 dargestellten Leistungs- und Verantwortungsdiskursen zeigt sich, dass soziale Problemlagen im Bürgergelddiskurs vor allem als individuelle Integrations- und Anpassungsprobleme konstruiert werden. Die in Kapitel 4.1 analysierten Diskurse der CDU, FDP sowie die Debatten und Gesetzestexte zum Bürgergeld verdeutlichen, dass soziale Problemlagen überwiegend über Kategorien individueller Verantwortung, Anpassung und Erwerbsintegration verhandelt werden.

Auffällig ist dabei die sprachliche Verschiebung sozialer Problemlagen in Richtung individueller Verantwortungszuschreibungen. Arbeitslosigkeit und soziale Unsicherheit erscheinen dabei weniger als Ausdruck struktureller Arbeitsmarkt- und Ungleichheitsverhältnisse, sondern vor allem als Problem mangelnder Integration in Erwerbsarbeit. Damit wird Verantwortung diskursiv stärker auf individuelles Verhalten, Arbeitsbereitschaft und Anpassungsleistungen bezogen (Lessenich, 2003, S. 214–218).

4.3.2 Diskursive Stigmatisierung und moralische Grenzziehungen

Im sozialpolitischen Diskurs werden soziale Zugehörigkeit und Anerkennung über moralische Gegensätze strukturiert. Besonders deutlich wird dies im Bürgergelddiskurs anhand von Gegenüberstellungen wie arbeitend/nicht arbeitend, leistungsbereit/leistungsunwillig oder beiträgend/belastend. Das Konzept des „liberalen Bürgergeldes“ bezeichnet ein bedingungsloses Grundeinkommen als „leistungsfeindlich, teuer und ungerecht“ und erklärt, Steuerzahl^{innen} und Steuerzahler sollten nicht „das Leben von Menschen finanzieren müssen, die zwar nicht arbeiten“ (FDP-Bundesvorstand, 2019, S. 1–2). Auch Mitwirkungspflichten werden als ein „Gebot der Fairness gegenüber denjenigen, die mit ihren Steuerzahlungen unseren Sozialstaat finanzieren“ beschrieben (FDP-Bundesgeschäftsstelle, 2023, S. 1). In der Bundestagsdebatte wird das Bürgergeld zudem als Entwertung „ehrliche[r] Arbeit“ und als Gefahr für die „deutsche Leistungsgesellschaft“ dargestellt (Deutscher Bundestag, 2023b, S. 14812–14813).

Diese Formulierungen erzeugen symbolische Grenzziehungen zwischen legitimen und illegitimen Formen sozialer Teilhabe. Anerkennung wird dabei an Leistung, Erwerbsarbeit und gesellschaftlichen Beitrag gebunden, während Leistungsbezug sprachlich in die Nähe von Belastung, Ungerechtigkeit oder mangelnder Gegenleistung gerückt wird. Lamont und Molnár

beschreiben solche symbolischen Grenzen als soziale Klassifikationen, durch die Zugehörigkeit, Anerkennung und Ausschluss organisiert werden (Lamont & Molnár, 2002, S. 168–170). In diesem Sinne wirkt der Diskurs nicht nur beschreibend, sondern ordnend: Er unterscheidet zwischen anerkennungswürdigen und problematisierten Subjektpositionen. Diese Mechanismen lassen sich zudem als Formen sozialer Stigmatisierung verstehen, da Personen über zugeschriebene Merkmale als gesellschaftlich abweichend oder weniger anerkennungswürdig markiert werden können (Goffman, 2006, S. 131–132).

4.3.3 Verdeckung struktureller Ursachen sozialer Ungleichheit

Die in Kapitel 4.1 dargestellten Aktivierungsdiskurse tragen dazu bei, soziale Ungleichheit diskursiv vor allem als Frage individueller Arbeitsmarktintegration zu strukturieren. Dadurch geraten andere Ursachen sozialer Ungleichheit, etwa ungleiche Ressourcenverteilungen, prekäre Beschäftigungsbedingungen, Bildungsungleichheiten oder sozialstrukturelle Machtverhältnisse, tendenziell in den Hintergrund. Die Ungleichheitsforschung verweist demgegenüber darauf, dass soziale Ungleichheit wesentlich mit gesellschaftlichen Strukturbedingungen, Arbeitsverhältnissen sowie der Verteilung ökonomischer, sozialer, kultureller und symbolischer Ressourcen verbunden ist (Dlabaja et al., 2023, S. 7–9). Auch Bourdieu zeigt, dass gesellschaftliche Positionen nicht allein durch individuelle Leistung bestimmt werden, sondern durch ungleich verteilte Kapitalformen strukturiert sind (Bourdieu, 2012, S. 229–236).

Der Bürgergelddiskurs macht damit bestimmte Problemaspekte sichtbar, während strukturelle Ursachen sozialer Ungleichheit vergleichsweise weniger thematisiert werden (Dlabaja et al., 2023, S. 7–9). Soziale Problemlagen erscheinen dadurch primär als arbeitsmarkt- und integrationspolitische Herausforderungen. Der Diskurs verknüpft soziale Ungleichheit zugleich mit Fragen individueller Verantwortung, Leistungsbereitschaft und gesellschaftlicher Teilhabe (Lessenich, 2003, S. 214–218).

4.4 Der Rechtsruck als Ausdruck struktureller Widersprüche

4.4.1 Sichtbarmachung kapitalistischer Spannungen im Diskurs

Im politischen Diskurs über Sicherheits- und Verteidigungspolitik werden gesellschaftliche Krisen zunehmend über Begriffe wie Handlungsfähigkeit, Resilienz, Sicherheit und

Verteidigungsfähigkeit gerahmt. Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius betont die Notwendigkeit, die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und Europas zu stärken (Deutscher Bundestag, 2025, S. 130–131). Auch die Nationale Sicherheitsstrategie verbindet sicherheitspolitische Fragen mit wirtschaftlichen und infrastrukturellen Problemlagen, etwa Energieabhängigkeiten, Lieferketten, Cybersicherheit und dem Schutz Kritischer Infrastrukturen (Bundesregierung, 2023, S. 22–31).

Auffällig ist dabei, dass gesellschaftliche Krisen nicht primär als soziale Verteilungs- oder Ungleichheitsfragen erscheinen, sondern als Herausforderungen staatlicher Sicherheits- und Krisensteuerung. Der Staat wird im Diskurs als handlungsfähiger Krisenakteur konstruiert, der auf geopolitische Unsicherheit, technologische Verwundbarkeit und ökonomische Abhängigkeiten mit Investitionen, Aufrüstung und Resilienzpoltik reagieren soll. Diese Deutungsmuster zeigen sich auch im Koalitionsvertrag, in dem die Klimakrise, der globale Wettbewerb und die Digitalisierung als zentrale Herausforderungen eines krisenfesten Staates benannt werden (SPD, Bündnis 90/Die Grünen & FDP, 2021, S. 4–7). Der Gesetzentwurf zum „Sondervermögen Bundeswehr“ verbindet diese Zielsetzung mit „Planungs- und Finanzierungssicherheit“ für militärische und sicherheitspolitische Fähigkeiten (Deutscher Bundestag, 2022, S. 1–8).

Mit Streeck lässt sich dies als Ausdruck krisenhafter Spannungen demokratisch-kapitalistischer Gesellschaften einordnen (Streeck, 2011, S. 5–18). Politische Steuerungsfähigkeit kann dabei unter Bedingungen ökonomischer Instabilität, wachsender sozialer Ungleichheit und demokratischer Legitimationsprobleme zunehmend unter Druck geraten (Streeck, 2014, S. 38–45).

4.4.2 Umdeutung sozialer Konflikte in kulturelle oder nationale Konflikte

Im migrationspolitischen Diskurs werden gesellschaftliche Konflikte häufig über Begriffe wie Begrenzung, Rückführung, Grenzkontrolle und Aufnahmekapazität verhandelt. Der Gesetzentwurf zum Rückführungsverbesserungsgesetz betont, Personen ohne Bleiberecht müssten Deutschland wieder verlassen; insbesondere „Straftäter“ seien konsequent zurückzuführen (Deutscher Bundestag, 2023a, S. 1). Zudem werden organisierte Kriminalität, Schleusungsdelikte, Identitätsfeststellung und Rückführung mehrfach miteinander verknüpft (Deutscher Bundestag, 2023a, S. 20–22).

Auch in parlamentarischen Debatten wird Migration als Ordnungs- und Belastungsproblem gerahmt. Die CDU/CSU spricht von einer „akute[n] Migrationskrise“ und einer

„Vertrauenskrise“ gegenüber Politik und Staat und fordert strengere Rückführungen sowie reduzierte Sozialleistungen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber (Deutscher Bundestag, 2023c, S. 17769). Thorsten Frei erklärt, Migration müsse „begrenzt“ werden, damit die „Aufnahmekapazitäten von Gesellschaft und insbesondere Städten und Gemeinden“ bewältigbar blieben (Deutscher Bundestag, 2025, S. 61). Die AfD verbindet die Bürgergelddebatte zusätzlich mit Forderungen nach „Abschiebung“ und „Grenzsicherung“ (Deutscher Bundestag, 2023b, S. 14813).

In diesen Formulierungen werden soziale und administrative Problemlagen sprachlich in nationale und sicherheitspolitische Konfliktmuster übersetzt. An die Stelle sozialer Ungleichheit, von Wohnraumfragen, kommunaler Infrastruktur oder Verteilungskonflikten treten Begriffe wie Grenze, Rückführung, Belastung und Kontrolle in den Vordergrund. Mit Hall lässt sich diese Verschiebung als Bestandteil eines „rightward turn“ verstehen, in dem gesellschaftliche Widersprüche über Ordnung, Sicherheit, Migration und nationale Zugehörigkeit artikuliert werden. Der Rechtsruck zeigt sich hier nicht nur in explizit rechten Positionen, sondern auch in der Verschiebung politischer Problembeschreibungen hin zu kulturellen, nationalen und sicherheitspolitischen Deutungsmustern (Hall, 1979, S. 14–20).

4.4.3 Wechselwirkung zwischen gesellschaftlichen Strukturen, Diskursen und politischen Einstellungen

Die untersuchten politischen Diskurse greifen wiederholt Begriffe wie Krise, Unsicherheit, Kontrollverlust, Handlungsfähigkeit und Vertrauen auf. Damit knüpfen sie an gesellschaftliche Wahrnehmungen an, die auch in der Autoritarismusforschung als relevant beschrieben werden. Die Leipziger Autoritarismus-Studie verweist darauf, dass Zukunftsängste hinsichtlich Migration negativ mit Demokratiezufriedenheit zusammenhängen und dass Migration und Klimapolitik besonders stark polarisierende Themen darstellen. Zudem werden politische Einflusslosigkeitsgefühle, Verschwörungsglauben und wirtschaftliche Unsicherheitswahrnehmungen mit Unzufriedenheit gegenüber demokratischer Praxis in Verbindung gebracht (Pickel et al., 2024, S. 198–202).

Diese Wechselwirkung zeigt sich auch im sicherheitspolitischen Diskurs. Der Koalitionsvertrag beschreibt die Klimakrise, die Digitalisierung, den globalen Wettbewerb und Sicherheitsfragen als zentrale politische Handlungsfelder (SPD, Bündnis 90/Die Grünen & FDP, 2021, S. 4–7). In der Bundestagsdebatte über Verteidigungsausgaben werden die geplanten Investitionen als historischer Einschnitt markiert: Jessica Tatti spricht vom „größte[n] Aufrüstungsprogramm

der bundesdeutschen Geschichte“, während Lars Klingbeil von einer „historischen Entscheidung“ und einem „historischen Kompromiss“ spricht (Deutscher Bundestag, 2025, S. 27738–27742).

Der Diskurs verbindet damit Krisenerfahrungen mit Vorstellungen staatlicher Handlungsfähigkeit, Sicherheit und Ordnung. Die Leipziger Autoritarismus-Studie beschreibt solche Entwicklungen als von Krisenwahrnehmungen, Unsicherheiten und Polarisierungsprozessen geprägt und verweist darauf, dass gesellschaftliche Krisen wesentlich über subjektive Bedrohungs- und Kontrollverlustwahrnehmungen verarbeitet werden (Decker et al., 2024, S. 13–18). In diesem Sinne sind politische Diskurse nicht bloß Ausdruck gesellschaftlicher Strukturen, sondern wirken an deren Deutung mit. Sie können Unsicherheiten ordnen, Verantwortlichkeiten zuschreiben und politische Konflikte in sicherheits-, migrations- oder ordnungspolitische Deutungsmuster überführen (Fairclough, 2001, S. 122–126).

5. Soziale Folgen und Bedeutung für die Soziale Arbeit

5.1 Gesellschaftliche Auswirkungen

Die gesellschaftlichen Auswirkungen des politischen Rechtsrucks beschränken sich nicht auf parteipolitische Entwicklungen oder öffentliche Debatten. Die Analyse in Kapitel 4 hat gezeigt, dass politische Diskurse soziale Problemlagen verstärkt über Aktivierung, Eigenverantwortung und Arbeitsmarktintegration deuten (Kap. 4.1; 4.3.1), Migration zunehmend mit Sicherheits- und Kontrolllogiken verknüpfen (Kap. 4.2) sowie gesellschaftliche Konflikte verstärkt in nationale und ordnungspolitische Deutungsmuster übersetzen (Kap. 4.4.2). Diese Diskursverschiebungen prägen gesellschaftliche Deutungsmuster sozialer Problemlagen und bilden die Grundlage der folgenden Betrachtung gesellschaftlicher Auswirkungen sowie ihrer Bedeutung für die Soziale Arbeit.

Für die Soziale Arbeit ist dies von besonderer Relevanz, da sie soziale Probleme im Zusammenhang gesellschaftlicher, institutioneller und lebensweltlicher Bedingungen bearbeitet (Staub-Bernasconi, 2007, S. 23–24). Polarisierungs-, Ausgrenzungs- und Unsicherheitsdynamiken wirken dadurch unmittelbar auf die Lebenslagen der Adressatinnen und Adressaten sowie auf professionelle Handlungskontexte Sozialer Arbeit zurück (Thiersch et al., 2012, S. 179–181).

5.1.1 Vertiefung sozialer Spaltungen und gesellschaftlicher Polarisierung

Wie in Kapitel 4.2 und 4.4.2 gezeigt wurde, werden Migration und gesellschaftliche Konflikte in den analysierten politischen Diskursen häufig über Begriffe wie Begrenzung, Kontrolle, Rückführung und Sicherheit verhandelt. Soziale Problemlagen erscheinen dadurch verstärkt als Konflikte zwischen gesellschaftlichen Gruppen oder als Fragen nationaler Ordnung. Diese Deutungsmuster können gesellschaftliche Polarisierungs- und Spaltungsprozesse verstärken.

Die in Kapitel 4 analysierten politischen Diskurse zu Leistung, Migration, Sicherheit und gesellschaftlicher Ordnung tragen dazu bei, gesellschaftliche Konflikte verstärkt entlang von Zugehörigkeits-, Bedrohungs- und Abgrenzungskategorien zu verarbeiten. Dadurch können sich soziale und politische Gegensätze verschärfen sowie gesellschaftliche Spaltungen vertiefen (Heitmeyer, 2005, S. 12–16). Exklusive Zugehörigkeitsvorstellungen und Abwertungsdynamiken können den gesellschaftlichen Zusammenhalt beeinträchtigen und die Bearbeitung sozialer Konflikte erschweren (Heitmeyer, 2005, S. 5–6).

Die Analyse verweist darüber hinaus auf zunehmende Fragmentierungsprozesse, die mit einer stärkeren gesellschaftlichen Differenzierung und sozialen Spaltung einhergehen können (Franzén, 2022, S. 220–221). Zugleich zeigen sich Polarisierungsprozesse, die sich in verstärkten gesellschaftlichen Abgrenzungen und konflikthaften Auseinandersetzungen äußern können (Decker et al., 2024, S. 15–16). Autoritäre und ausgrenzende Deutungsmuster können dabei gesellschaftliche Konfliktlinien verstärken und bestehende Spannungen weiter verdichten (Decker et al., 2024, S. 11–12).

Aus lebensweltorientierter Perspektive sind diese Entwicklungen nicht nur als abstrakte politische Prozesse zu verstehen, sondern in ihren Auswirkungen auf Alltag, soziale Beziehungen und gesellschaftliche Teilhabe zu betrachten. Lebensweltorientierte Soziale Arbeit setzt an den Erfahrungen, Ressourcen und Bewältigungsformen der Adressatinnen und Adressaten an und verbindet diese mit der Analyse gesellschaftlicher Bedingungen und Ausschlussdynamiken (Thiersch et al., 2012, S. 175–179). Für die Soziale Arbeit ergeben sich daraus widersprüchliche Anforderungen: Sie muss lebensweltorientiert offen bleiben und gesellschaftliche Teilhabe fördern (Gängler & Liebig, 2017, S. 253–258) sowie zugleich mit sozialen Konflikt- und Ausgrenzungsdynamiken umgehen (Heitmeyer, 2005, S. 5–6).

Professionelles Handeln ist dadurch zunehmend gefordert, solche Entwicklungen nicht nur auf individueller Ebene zu bearbeiten, sondern auch deren gesellschaftliche und institutionelle Voraussetzungen kritisch zu reflektieren (Kessl & Maurer, 2018, S. 178–179).

5.1.2 Normalisierung von Ausgrenzung und Ungleichwertigkeitsvorstellungen

Die Analyse hat gezeigt, dass bestimmte Gruppen sowohl im Migrationsdiskurs als auch im Bürgergelddiskurs über Sicherheits-, Leistungs- und Nützlichkeitskategorien bewertet werden. Während Migration wiederholt mit Kriminalität, Gefährdung und Kontrollbedarf verknüpft wird (Kap. 4.2.1), werden Leistungsbeziehende teilweise als Belastung für die Leistungsgesellschaft dargestellt (Kap. 4.3.2). Dadurch werden symbolische Grenzziehungen zwischen gesellschaftlich anerkannten und problematisierten Gruppen diskursiv hergestellt.

Vor dem Hintergrund der in Kapitel 4 herausgearbeiteten Diskursverschiebungen können gesellschaftliche Ausgrenzungs- und Ungleichwertigkeitsvorstellungen zusätzlich normalisiert werden. Gesellschaftliche Gruppen werden dabei nicht nur entlang kultureller oder nationaler Zugehörigkeiten unterschieden, sondern zugleich hinsichtlich sozialer Nützlichkeit, Leistungsfähigkeit oder gesellschaftlicher Legitimität bewertet. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit beschreibt in diesem Zusammenhang Prozesse gesellschaftlicher

Abwertung und Ausgrenzung, durch die Personen aufgrund zugeschriebener Gruppenzugehörigkeiten als minderwertig oder bedrohlich markiert werden können (Heitmeyer, 2005, S. 5–6). Dadurch können gesellschaftliche Ausschlussmechanismen sowie Vorstellungen sozialer Ungleichwertigkeit zusätzlich stabilisiert und legitimiert werden (Heitmeyer, 2005, S. 12–16).

Diese Dynamiken beschränken sich nicht auf offen rechtsextreme Positionen. Menschenfeindliche und diskriminierende Einstellungen können vielmehr innerhalb gesellschaftlicher Normalitätsvorstellungen anschlussfähig werden und sich als „Ideologie der Ungleichwertigkeit“ verfestigen (Groß et al., 2012, S. 2–3). Unter Bedingungen sozialer Unsicherheit, wirtschaftlicher Krisen und zunehmender Konkurrenz um Ressourcen können Vorurteile, Ressentiments und Abwertungsmechanismen zusätzlich verstärkt werden (Groß et al., 2012, S. 2). Die Abwertung richtet sich dabei nicht nur gegen migrantische Gruppen, sondern ebenso gegen Menschen, deren Lebensweisen oder soziale Positionen als „abweichend“, „leistungsunfähig“ oder gesellschaftlich belastend markiert werden (Heitmeyer, 2005, S. 6).

Darüber hinaus weisen aktuelle autoritarismus- und demokratietheoretische Analysen darauf hin, dass Ressentiments und autoritäre Aggressionen nicht ausschließlich an gesellschaftlichen „Rändern“ auftreten, sondern gesellschaftlich anschlussfähig bleiben können (Decker et al., 2024, S. 11–12). Feindbildkonstruktionen und die Abwertung als „abweichend“ wahrgenommener Gruppen stehen dabei in engem Zusammenhang mit gesellschaftlichen Ausschlussprozessen und Vorstellungen sozialer Ungleichwertigkeit (Heitmeyer, 2005, S. 5–6). Politische Diskurse können solche Ausschluss- und Ungleichwertigkeitsvorstellungen zusätzlich legitimieren, indem gesellschaftliche Konflikte verstärkt kulturell, identitär oder ordnungspolitisch interpretiert werden (Hall, 1979, S. 14–20).

Diskriminierungs- und Ausschlussmechanismen können sich innerhalb sozialer Einrichtungen reproduzieren (Melter, 2013, S. 104–106). Dadurch kann zugleich der Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe sowie zu professionellen Hilfeleistungen erschwert werden (Hunner-Kreisel & Wetzel, 2018, S. 4–6). Dies zeigt sich etwa in der Wohnungslosenhilfe, in der wohnungslose Menschen neben materieller Armut häufig Stigmatisierungs- und Ausschlusserfahrungen erleben (Geiger, 2008, S. 385–390).

Auch migrationsbezogene Arbeitsfelder bleiben von ethnisierenden Zuschreibungen (Goetze, 2008, S. 257–263) und institutionellen Diskriminierungsstrukturen (Hunner-Kreisel & Wetzel, 2018, S. 4–6) nicht unberührt. Rassistische und diskriminierende Dynamiken wirken damit nicht nur außerhalb sozialer Institutionen, sondern können auch innerhalb professioneller und

organisationaler Zusammenhänge reproduziert werden (Hunner-Kreisel & Wetzel, 2018, S. 4–6).

Für betroffene Adressat^{innen} und Adressaten entstehen dadurch zusätzliche Barrieren gesellschaftlicher Teilhabe (Melter, 2013, S. 95–96). Rassismus lässt sich dabei nicht allein als individuelles Vorurteil verstehen, sondern als gesellschaftliches Macht- und Dominanzverhältnis, das materielle und symbolische Ausschlüsse hervorbringt (Fereidooni & El, 2017, S. 15) und gesellschaftliche Handlungsmöglichkeiten einschränkt (Melter, 2013, S. 99–103). Professionelle Soziale Arbeit steht damit vor der Herausforderung, Ausschluss- und Ungleichwertigkeitsdynamiken nicht nur individuell zu bearbeiten, sondern auch deren gesellschaftliche und institutionelle Bedingungen kritisch zu reflektieren (Melter, 2013, S. 104–106).

5.1.3 Verschärfung sozialer Benachteiligung und gesellschaftlicher Exklusion

Wie die Analyse der Bürgergelddebatten gezeigt hat, werden soziale Problemlagen überwiegend über Mitwirkung, Eigenverantwortung und Arbeitsmarktintegration interpretiert (Kap. 4.3.1). Gleichzeitig treten strukturelle Ursachen sozialer Ungleichheit im Diskurs vergleichsweise in den Hintergrund (Kap. 4.3.3). Dadurch besteht die Gefahr, dass gesellschaftliche Benachteiligungen verstärkt als Folge individueller Defizite interpretiert werden und soziale Exklusion als Ergebnis mangelnder Anpassung erscheint.

Die in Kapitel 4 analysierten Aktivierungs-, Leistungs- und Sicherheitsdiskurse können soziale Benachteiligung und gesellschaftliche Exklusion verschärfen (Lessenich, 2003, S. 214–216). Unter Bedingungen sozialer Unsicherheit, struktureller Arbeitslosigkeit und sozialstaatlicher Restrukturierungen verschlechtern sich gesellschaftliche Teilhabebedingungen insbesondere für sozial benachteiligte Gruppen (Merten & Scherr, 2004, S. 7–9). Soziale Problemlagen erscheinen dabei zunehmend individualisiert, obwohl sie wesentlich aus gesellschaftlichen Ungleichheits- und Transformationsprozessen resultieren (Merten & Scherr, 2004, S. 9). Exklusion betrifft in diesem Zusammenhang insbesondere den Zugang zu Arbeit, sozialer Absicherung und gesellschaftlicher Teilhabe (Merten & Scherr, 2004, S. 7–10).

Prekarisierung ist dabei kein Randphänomen, sondern reicht bis in gesellschaftliche Kernbereiche hinein und erfasst zunehmend auch formal integrierte Beschäftigtengruppen (Dörre, 2006, S. 181–183). Unsichere Arbeits- und Lebensverhältnisse schwächen die Integrationskraft moderner Arbeitsgesellschaften und verstärken Erfahrungen sozialer Unsicherheit, Instabilität und Ausschließung (Dörre, 2006, S. 181–183). Gesellschaftliche

Integration erscheint dadurch zunehmend entlang unterschiedlicher „Zonen“ von Sicherheit, Prekarität und sozialer Entkopplung organisiert (Dörre, 2006, S. 183).

Diese Entwicklungen gehen zugleich mit subjektiven Unsicherheits- und Abstiegswahrnehmungen einher. Gesellschaftliche Unsicherheit äußert sich nicht nur in materieller Benachteiligung, sondern ebenso in der Angst, gesellschaftlich zurückzubleiben, den eigenen Status zu verlieren oder von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen zu werden. Exklusions- und Unsicherheitserfahrungen sind damit nicht ausschließlich individuelle Problemlagen, sondern Ausdruck umfassender sozialer und ökonomischer Transformationsprozesse moderner Gesellschaften (Bude, 2014, S. 11–21).

Die beschriebenen Exklusionsprozesse betreffen unterschiedliche Praxisfelder Sozialer Arbeit (Thiersch, Grunwald & Köngeter, 2012, S. 180–181). Insbesondere Arbeitsfelder, die mit Armut, Prekarisierung, sozialer Unsicherheit und Marginalisierung befasst sind, werden verstärkt mit sozialen Ausschlussdynamiken konfrontiert (Dörre, 2008, S. 4406–4410). Ausschlusserfahrungen können sich in belasteten Lebenslagen verdichten, wenn soziale Unsicherheit (Dörre, 2008, S. 4406–4410) sowie eingeschränkte gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten und Prozesse sozialer Ausgrenzung zusammenwirken (Thiersch, Grunwald & Köngeter, 2012, S. 180–181). Zugleich geraten Hilfesysteme unter Bedingungen wachsender Ungleichheit und Prekarisierung selbst unter Anpassungs- und Belastungsdruck, wodurch die Bearbeitung komplexer Problemlagen erschwert wird (Seithe, 2012, S. 137–145).

Gesellschaftliche Ungleichheits- und Ausschlussverhältnisse bilden damit nicht nur den Hintergrund Sozialer Arbeit, sondern prägen ihre Handlungskontexte unmittelbar. Soziale Arbeit ist mit den Folgen gesellschaftlicher Exklusion konfrontiert, bleibt zugleich jedoch selbst in gesellschaftliche Struktur-, Macht- und Ungleichheitsverhältnisse eingebunden (Kessl et al., 2018, S. 177–179).

5.2 Konsequenzen für die Soziale Arbeit

5.2.1 Soziale Arbeit im Spannungsfeld von Hilfe, Kontrolle und sozialstaatlicher Steuerung

Die in Kapitel 4 analysierten Aktivierungs-, Leistungs- und Verantwortungsdiskurse wirken unmittelbar auf professionelle Handlungskontexte Sozialer Arbeit aus (Seithe, 2012, S. 137–145). Soziale Arbeit bewegt sich dabei dauerhaft im Spannungsfeld von Unterstützung, gesellschaftlicher Integration und sozialstaatlicher Kontrolle. Das sogenannte doppelte

Mandat verweist darauf, dass professionelle Hilfe nicht ausschließlich auf Unterstützung und Empowerment ausgerichtet ist, sondern zugleich in gesellschaftliche Steuerungs- und Kontrollprozesse eingebunden bleibt (Thieme, 2017, S. 17–20). Bereits die institutionelle Organisation sozialstaatlicher Hilfen trägt dazu bei, gesellschaftliche Normen, Erwartungen und Formen sozialer Anpassung mit zu reproduzieren (Thieme, 2017, S. 19–20).

Wie in Kapitel 4.1 und 4.3.1 gezeigt wurde, werden sozialstaatliche Leistungen dabei eng mit Eigenverantwortung, Mitwirkung und Arbeitsmarktintegration verknüpft. Soziale Problemlagen erscheinen zunehmend als Fragen individueller Mitwirkung, Eigenverantwortung und Anpassungsfähigkeit, wodurch strukturelle Ursachen sozialer Ungleichheit in den Hintergrund treten können (Staub-Bernasconi, 2007, S. 16–20). Aktivierungs- und Verantwortungsdiskurse verschieben den Fokus professioneller Hilfe dadurch verstärkt auf die Steuerung individueller Verhaltensweisen und Arbeitsmarktintegration, während gesellschaftliche Macht-, Ungleichheits- und Ausschlussverhältnisse weniger sichtbar werden (Staub-Bernasconi, 2007, S. 18–22).

Soziale Arbeit bleibt dabei eng mit wohlfahrtsstaatlichen Regulierungsprozessen verbunden. Als öffentlich organisierte Dienstleistung bearbeitet sie nicht nur individuelle Problemlagen, sondern übernimmt zugleich Funktionen gesellschaftlicher Integration, Regulation und Normalisierung (Kessl & Maurer, 2018, S. 166–169). Professionelles Handeln bewegt sich dadurch zwischen institutionellen Anforderungen, individuellen Lebenslagen und gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen. In diesem Zusammenhang lässt sich Soziale Arbeit als Instanz der „Grenzbearbeitung“ verstehen, die zwischen gesellschaftlichen Normalitätsanforderungen und individuellen Lebensrealitäten vermittelt (Kessl & Maurer, 2018, S. 177–179).

Aktivierungslogiken zeigen sich unter anderem in verpflichtenden Mitwirkungsanforderungen, Zielvereinbarungen und aktivierungsorientierten Formen des Fallmanagements, durch die professionelle Hilfe zunehmend an gesellschaftliche Anpassung und Arbeitsmarktintegration gekoppelt wird (Seithe, 2012, S. 147–156). Unter Bedingungen begrenzter Ressourcen, steigenden Kostendrucks und sozialstaatlicher Steuerung kann sozialarbeiterisches Handeln dadurch verstärkt unter Effizienz-, Anpassungs- und Kontrollanforderungen geraten (Seithe, 2012, S. 164–170). Gleichzeitig bleibt Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession auf soziale Gerechtigkeit sowie die kritische Bearbeitung sozialer Problemlagen verpflichtet (Staub-Bernasconi, 2007, S. 1–2). Professionelles Handeln steht damit dauerhaft im Spannungsverhältnis zwischen institutionellen Anforderungen, gesellschaftlichen Steuerungsinteressen und dem Anspruch, soziale Ausschluss- und Ungleichheitsverhältnisse kritisch zu reflektieren (Staub-Bernasconi, 2007, S. 3–5).

5.2.2 Umgang mit gesellschaftlicher Polarisierung, Diskriminierung und rechten Einstellungen

Die Analyse der migrationspolitischen Diskurse hat gezeigt, dass Migration wiederholt mit Sicherheitsbedrohungen, Kriminalität und Kontrollnotwendigkeiten verknüpft wird (Kap. 4.2.1). Darüber hinaus wurden Rückführung, Grenzschutz und Begrenzung als zentrale politische Lösungsstrategien hervorgehoben (Kap. 4.2.2). Solche Deutungsmuster können zur diskursiven Legitimation von Feindbildkonstruktionen und Ausgrenzungsprozessen beitragen, mit denen Fachkräfte Sozialer Arbeit zunehmend konfrontiert werden.

Die zuvor herausgearbeiteten Polarisierungs-, Ausgrenzungs- und Ungleichwertigkeitsdynamiken wirken unmittelbar auf professionelle Handlungskontexte Sozialer Arbeit aus. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit entsteht insbesondere dort, wo gesellschaftlich schwache Gruppen abgewertet, als Bedrohung markiert oder aus der öffentlichen Wahrnehmung ausgeschlossen werden (Heitmeyer, 2005, S. 5–6). Konkurrenz-, Unsicherheits- und Spaltungsprozesse können dadurch Ausgrenzung, Diskriminierung und Feindbildkonstruktionen verstärken (Heitmeyer, 2005, S. 12–13).

Diese Dynamiken beschränken sich nicht auf gesellschaftliche Randbereiche, sondern reichen bis in gesellschaftliche Normalitätsvorstellungen hinein (Decker et al., 2024, S. 11–12). Autoritäre Einstellungen, Ressentiments und Feindbildkonstruktionen können dadurch auch jene gesellschaftlichen Kontexte prägen, in denen Soziale Arbeit stattfindet (Decker et al., 2024, S. 13–15). Für die professionelle Praxis bedeutet dies, dass Konflikte um Zugehörigkeit, Diskriminierung und gesellschaftliche Anerkennung zunehmend innerhalb sozialpädagogischer Arbeitsfelder bearbeitet werden müssen (Melter, 2013, S. 93–96).

Soziale Arbeit steht dabei nicht außerhalb gesellschaftlicher Herrschafts- und Diskriminierungsverhältnisse. Rassistische und diskriminierende Strukturen können sich innerhalb professioneller und institutioneller Zusammenhänge ebenso reproduzieren wie außerhalb sozialer Einrichtungen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer diskriminierungs- und rassismuskritischen Praxis, die gesellschaftliche Macht- und Dominanzverhältnisse nicht nur individuell bearbeitet, sondern auch institutionell reflektiert (Melter, 2013, S. 93–95). Rassismus ist dabei nicht lediglich ein individuelles Vorurteil, sondern ein gesellschaftliches Macht- und Dominanzverhältnis, das materielle und symbolische Ausschlüsse erzeugt und gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten einschränkt (Fereidooni & El, 2017, S. 15).

Besonders deutlich werden diese Herausforderungen im Umgang mit rechtsaffinen Adressatinnen und Adressaten in unterschiedlichen Arbeitsfeldern Sozialer Arbeit. Fachkräfte

stehen dabei vor der Herausforderung, demokratische und antidiskriminierende Positionen zu vertreten und zugleich professionelle Arbeitsbeziehungen aufrechtzuerhalten. Daraus entstehen Spannungen zwischen notwendiger Intervention, demokratischer Positionierung und der Offenheit sozialarbeiterischer Unterstützungsangebote (Breit & Scherr, 2026, S. 4–8).

5.2.3 Demokratie, Empowerment und politische Bildung als Auftrag Sozialer Arbeit

Die Analyse hat gezeigt, dass politische Diskurse gesellschaftliche Krisen zunehmend über Sicherheit, Handlungsfähigkeit und Kontrolle interpretieren (Kap. 4.4.1) sowie soziale Konflikte verstärkt in nationale und kulturelle Konfliktmuster übersetzen (Kap. 4.4.2). Vor dem Hintergrund dieser Diskursbefunde lässt sich argumentieren, dass der Förderung demokratischer Teilhabe, Reflexion und gesellschaftlicher Mitbestimmung für die Soziale Arbeit eine besondere Bedeutung zukommt.

Die zuvor dargestellten Entwicklungen verweisen auf Zusammenhänge zwischen gesellschaftlichen Krisenerfahrungen, autoritären Dynamiken und demokratischer Teilhabe. Dabei zeigen Befunde der Leipziger Autoritarismus-Studie, dass politische Deprivation, also das Gefühl mangelnder Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungen, mit einer kritischeren Bewertung der demokratischen Praxis verbunden sein kann (Pickel et al., 2024, S. 198–199).

Die in dieser Arbeit beschriebenen Entwicklungen lassen sich daher weniger als Krise demokratischer Prinzipien verstehen als vielmehr als Ausdruck von Spannungen zwischen demokratischen Ansprüchen und gesellschaftlichen Ungleichheitsverhältnissen. Streeck beschreibt den demokratischen Kapitalismus als eine politische Ökonomie, die von zwei konkurrierenden Verteilungsprinzipien geprägt ist: der marktförmigen Verteilung nach Produktivität einerseits und demokratisch legitimierte Ansprüchen auf soziale Teilhabe andererseits (Streeck, 2011, S. 7–8). Die daraus resultierenden Konflikte zwischen sozialen Rechten und marktförmigen Verteilungslogiken werden dabei nicht aufgehoben, sondern in neue gesellschaftliche Arenen verlagert (Streeck, 2011, S. 24–25). Zugleich kritisiert Staub-Bernasconi, dass soziale Problemlagen unter neoliberalen Bedingungen verstärkt individualisiert werden können (Staub-Bernasconi, 2007, S. 35). Seithe weist darauf hin, dass dadurch gesellschaftliche Ursachen sozialer Ungleichheit aus dem Blick geraten können (Seithe, 2012, S. 318–319).

Für die Soziale Arbeit ergibt sich daraus ein besonderer Auftrag. Staub-Bernasconi beschreibt Freiheits-, Partizipations-, Wirtschafts-, Sozial- und Kulturrechte als einen zentralen normativen Bezugspunkt Sozialer Arbeit (Staub-Bernasconi, 2007, S. 34). Politische Bildung gewinnt in diesem Zusammenhang an Bedeutung, weil gesellschaftliche Strukturen reflektierbar gemacht werden müssen. Ogiemwonyi betont, dass Empowermentprozesse Informationen über gesellschaftliche Strukturen bereitstellen sollen, um Reflexionsprozesse über die eigene Positionierung zu ermöglichen (Ogiemwonyi, 2023, S. 35). Zudem wird Empowerment ausdrücklich als Demokratiearbeit und als Teil politischer Bildungsarbeit beschrieben (Ogiemwonyi, 2023, S. 32).

Eng damit verbunden ist die Stärkung individueller und kollektiver Handlungsmöglichkeiten. Ogiemwonyi beschreibt Empowerment als Selbstermächtigung gegenüber struktureller Benachteiligung und ungleicher Machtverteilung sowie als Erweiterung von Handlungsspielräumen, gesellschaftlicher Partizipation und Selbstdefinition (Ogiemwonyi, 2023, S. 31). Empowerment-Räume können dabei Orte der Emanzipation, Solidarität und Selbstermächtigung sein und gesellschaftliche Teilhabe unterstützen (Ogiemwonyi, 2023, S. 32–39).

Der Beitrag Sozialer Arbeit liegt nicht in der eigenständigen Auflösung gesellschaftlicher Strukturkonflikte. Vielmehr zielt Soziale Arbeit auf die menschenrechtsorientierte Unterstützung von Teilhabe sowie auf die Verwirklichung zentraler Rechte ab (Staub-Bernasconi, 2007, S. 34).

6. Fazit und Ausblick

6.1 Zentrale Ergebnisse und Beantwortung der Forschungsfrage

Die vorliegende Arbeit hat den politischen Rechtsruck in Deutschland als Ausdruck struktureller gesellschaftlicher Spannungen untersucht. Ausgangspunkt war die Annahme, dass sich autoritäre, ausgrenzende und rechtspopulistische Entwicklungen nicht ausschließlich durch individuelle Einstellungen oder kurzfristige Krisen erklären lassen, sondern in grundlegenden gesellschaftlichen Desintegrations-, Unsicherheits- und Transformationsprozessen verankert sind (Heitmeyer, 2005, S. 4–8; Decker et al., 2024, S. 9–18). Im Zentrum der Analyse stand dabei das Spannungsverhältnis zwischen demokratischem Gleichheitsanspruch und kapitalistischen Ungleichheits- und Machtverhältnissen (Streeck, 2011, S. 7–10).

Die theoretische Analyse hat gezeigt, dass demokratisch-kapitalistische Gesellschaften durch dauerhafte strukturelle Widersprüche geprägt sind. Während demokratische Ordnungen auf politischer Gleichheit, gesellschaftlicher Teilhabe und politischer Mitbestimmung beruhen (Braun & Schmitt, 2009, S. 53–58), erzeugen kapitalistische Wirtschafts- und Eigentumsverhältnisse fortlaufend soziale Ungleichheiten sowie asymmetrische Macht- und Einflusstrukturen (Marx, 2009, S. 595–598). Unter neoliberalen Bedingungen verschärfen sich diese Spannungen zusätzlich, da ökonomische Machtasymmetrien politischen Einfluss ungleich verteilen und demokratische Beteiligungsformen zunehmend entleert werden können (Crouch, 2008, S. 10–14). Gleichzeitig können Prekarisierung, soziale Unsicherheit und politische Entfremdung gesellschaftliche Desintegrationserfahrungen verstärken und autoritäre sowie ausgrenzende Deutungsmuster begünstigen (Dörre, 2008, S. 4413–4414).

Die Analyse politischer Diskurse hat darüber hinaus verdeutlicht, dass gesellschaftliche Konflikte zunehmend individualisiert, kulturell aufgeladen und sicherheitspolitisch verarbeitet werden. Im sozialpolitischen Diskurs erscheinen Arbeitslosigkeit und soziale Unsicherheit verstärkt als Folge mangelnder Eigenverantwortung und unzureichender Leistungsbereitschaft (Lessenich, 2003, S. 214–218), während gesellschaftliche Konflikte verstärkt kulturell codiert (Hall, 1979, S. 14–15) und sicherheitspolitisch gerahmt werden (Bigo, 2002, S. 63–67).

Gleichzeitig produziert der Migrationsdiskurs Unterscheidungen zwischen legitimer und illegitimer Zugehörigkeit sowie zwischen schutzwürdigen und kontrollbedürftigen Gruppen. Migration wird dabei verstärkt mit Fragen staatlicher Ordnung, Sicherheit und Grenzsicherung verknüpft (Bigo, 2002, S. 67–75). Politische Diskurse bilden gesellschaftliche Wirklichkeit nicht

lediglich ab, sondern strukturieren aktiv gesellschaftliche Wahrnehmungen, legitimieren politische Maßnahmen und beeinflussen, welche gesellschaftlichen Probleme sichtbar gemacht oder ausgeblendet werden (Fairclough, 2001, S. 125–126). Die diskursive Verschiebung sozialer Konflikte in kulturelle und nationale Konfliktmuster trägt dazu bei, gesellschaftliche Unsicherheiten verstärkt über Fragen von Migration, Zugehörigkeit und Sicherheit zu verarbeiten, während soziale und ökonomische Strukturprobleme an Sichtbarkeit verlieren (Hall, 1979, S. 16–20).

Vor diesem Hintergrund erscheint der politische Rechtsruck nicht allein als parteipolitisches oder kurzfristiges Krisenphänomen, sondern als Ausdruck tieferliegender gesellschaftlicher Widersprüche demokratisch-kapitalistischer Gesellschaften (Heitmeyer, 2005, S. 4–8; Decker et al., 2024, S. 9–18). Die Forschungsfrage lässt sich dahingehend beantworten, dass autoritäre und rechtspopulistische Entwicklungen im Zusammenhang sozialer Unsicherheit, politischer Entfremdung, gesellschaftlicher Polarisierung sowie diskursiver Verschiebungen gesellschaftlicher Konflikte entstehen und verstärkt werden können (Decker et al., 2024, S. 13–18).

Über diese unmittelbare Beantwortung der Forschungsfrage hinaus legen die Ergebnisse der Arbeit nahe, dass die gegenwärtigen Entwicklungen weniger als Krise demokratischer Prinzipien selbst verstanden werden sollten als vielmehr als Ausdruck einer unzureichenden gesellschaftlichen Verwirklichung demokratischer Ansprüche unter den Bedingungen demokratisch-kapitalistischer Gesellschaften (Streeck, 2011, S. 7–10). Die in der Leipziger Autoritarismus-Studie aufgezeigten Zusammenhänge zwischen politischer Deprivation und einer kritischeren Bewertung demokratischer Praxis verweisen darauf, dass Erfahrungen fehlender Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungen die Legitimation demokratischer Institutionen beeinträchtigen können (Pickel et al., 2024, S. 198–199). Der politische Rechtsruck in Deutschland spiegelt damit strukturelle Spannungen des demokratischen Kapitalismus wider und kann zugleich soziale Ungleichheit, gesellschaftliche Polarisierung sowie autoritäre und ausgrenzende Deutungsmuster weiter verstärken (Streeck, 2014, S. 40–48; Hall, 1979, S. 16–20).

6.2 Bedeutung der Ergebnisse für Demokratie und Soziale Arbeit

Die Ergebnisse der Arbeit verdeutlichen, dass Demokratie unter den Bedingungen des demokratischen Kapitalismus nicht als konfliktfreie oder stabile Ordnung verstanden werden kann, sondern als gesellschaftlich umkämpftes Projekt erscheint. Soziale Ungleichheit,

Prekarisierung, politische Entfremdung und gesellschaftliche Polarisierung beeinflussen nicht nur politische Einstellungen, sondern auch die gesellschaftlichen Bedingungen demokratischer Teilhabe (Streeck, 2014, S. 40–48). Kritische Gesellschaftsanalysen weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass demokratisch-kapitalistische Gesellschaften von postdemokratischen Entwicklungstendenzen und zunehmenden Machtasymmetrien geprägt sein können, wodurch demokratische Beteiligung an gesellschaftlicher Bedeutung verliert und politische Entscheidungsprozesse verstärkt unter den Einfluss wirtschaftlicher Eliten geraten (Crouch, 2008, S. 10–14).

Demokratische Teilhabe setzt dabei nicht allein formale politische Rechte voraus, sondern ist auch auf gesellschaftliche Teilhabe- und Einflussmöglichkeiten angewiesen. Soziale Ungleichheit, politische Entfremdung und eingeschränkte Partizipationschancen können demokratische Beteiligung erschweren und das Vertrauen in demokratische Praxis beeinträchtigen (Pickel et al., 2024, S. 198–199). Für die Soziale Arbeit ergibt sich daraus die Herausforderung, gesellschaftliche Widersprüche nicht selbst auflösen zu können, zugleich jedoch die Teilhabe-, Reflexions- und Handlungsmöglichkeiten ihrer Adressatinnen und Adressaten zu stärken (Staub-Bernasconi, 2007, S. 34; Ogiemwonyi, 2023, S. 31–32).

Die Analyse politischer Diskurse hat zudem gezeigt, dass gesellschaftliche Konflikte zunehmend über Fragen von Sicherheit, Zugehörigkeit und individueller Leistungsfähigkeit verarbeitet werden. Soziale Problemlagen werden verstärkt individualisiert, während strukturelle Ursachen sozialer Ungleichheit in den Hintergrund treten (Lessenich, 2003, S. 214–218). Gleichzeitig produzieren Migrations- und Sicherheitsdiskurse gesellschaftliche Grenzziehungen zwischen legitimen und illegitimen Gruppen sowie zwischen schutzwürdigen und kontrollbedürftigen Subjekten (Bigo, 2002, S. 67–75). Dadurch können autoritäre und ausgrenzende Deutungsmuster gesellschaftlich normalisiert und politisch legitimiert werden (Heitmeyer, 2005, S. 5–7).

Für die Soziale Arbeit ergeben sich daraus weitreichende Konsequenzen. Als Profession bewegt sie sich im Spannungsfeld zwischen Hilfe, Kontrolle, gesellschaftlicher Integration und demokratischer Teilhabe. Die Arbeit hat gezeigt, dass Soziale Arbeit nicht außerhalb gesellschaftlicher Macht- und Ungleichheitsverhältnisse steht, sondern selbst in institutionelle Steuerungs-, Aktivierungs- und Normalisierungsprozesse eingebunden bleibt (Kessl & Maurer, 2018, S. 17–19). Professionelles Handeln ist dadurch zunehmend mit Widersprüchen konfrontiert: Einerseits soll Soziale Arbeit gesellschaftliche Teilhabe, Empowerment und demokratische Handlungsmöglichkeiten fördern, andererseits bleibt sie an sozialstaatliche Kontroll-, Aktivierungs- und Effizienzlogiken gebunden (Seithe, 2012, S. 137–162).

Gleichzeitig verdeutlichen die Ergebnisse, dass Soziale Arbeit nicht als politisch neutrale Praxis verstanden werden kann. Insbesondere im Umgang mit gesellschaftlicher Polarisierung, Diskriminierung und gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen wird die Profession zunehmend mit Fragen einer diskriminierungskritischen, menschenrechtsorientierten und gesellschaftlich positionierten Praxis konfrontiert (Melter, 2013, S. 99–107). Demokratiebildung, rassismuskritische Reflexion und die Stärkung gesellschaftlicher Teilhabemöglichkeiten gewinnen dadurch als professionelle Aufgaben an Bedeutung (Ogiemwonyi, 2023, S. 29–30).

Vor diesem Hintergrund erscheint Soziale Arbeit nicht allein als Instanz individueller Problembearbeitung, sondern zugleich als gesellschaftliche Praxis, die an der Auseinandersetzung um soziale Gerechtigkeit, demokratische Teilhabe und den Umgang mit gesellschaftlichen Ausschluss- und Ungleichheitsverhältnissen beteiligt ist (Staub-Bernasconi, 2007, S. 1–4).

6.3 Methodische Reflexion und Grenzen der Untersuchung

Die vorliegende Arbeit verfolgt das Ziel, den politischen Rechtsruck in Deutschland aus einer gesellschafts- und diskursanalytischen Perspektive zu untersuchen. Durch die qualitative Diskursanalyse konnten zentrale politische Deutungsmuster, Argumentationslogiken und gesellschaftliche Problemkonstruktionen herausgearbeitet werden. Gleichzeitig ergeben sich aus dem methodischen Vorgehen spezifische Grenzen der Untersuchung.

Die Analyse konzentriert sich auf ausgewählte politische Dokumente, parlamentarische Debatten sowie programmatische Texte und erhebt daher keinen Anspruch auf vollständige Repräsentativität des gesamten politischen Diskurses (Keller, 2011, S. 75–76). Darüber hinaus erlaubt die qualitative Diskursanalyse keine Aussagen über die tatsächliche Verbreitung politischer Einstellungen oder über konkrete individuelle Wirkungen politischer Diskurse. Im Mittelpunkt der Arbeit stand vielmehr die Untersuchung gesellschaftlicher Deutungs- und Bedeutungsstrukturen sowie ihrer möglichen sozialen und politischen Wirkungen (Fairclough, 2001, S. 125–126).

Zudem richtet die Arbeit ihren Fokus primär auf politische und institutionelle Diskurse. Andere gesellschaftliche Arenen, etwa soziale Medien, journalistische Berichterstattung oder alltagskulturelle Kommunikationsformen, konnten im Rahmen der Untersuchung nicht systematisch berücksichtigt werden. Gerade digitale Öffentlichkeiten und soziale Netzwerke

spielen jedoch eine zentrale Rolle bei der Verbreitung, Normalisierung und Dynamisierung rechtspopulistischer sowie autoritärer Deutungsmuster (Küpper, 2019, S. 78–82).

Die daraus resultierende Begrenzung der empirischen Reichweite betrifft insbesondere unterschiedliche sozialpädagogische Praxis- und Handlungsfelder, in denen soziale Problemlagen, Bildungs- und Unterstützungsprozesse sowie lebensweltbezogene Herausforderungen relevant werden können und daher nur eingeschränkt berücksichtigt wurden (Gängler & Liebig, 2017, S. 253–258).

Trotz dieser Grenzen ermöglicht die gewählte diskursanalytische Perspektive, politische Deutungsmuster nicht isoliert, sondern im Zusammenhang gesellschaftlicher Macht-, Ungleichheits- und Ausschlussverhältnisse zu betrachten. Gerade für eine kritisch-reflexive Soziale Arbeit ist dies bedeutsam, weil soziale Problemlagen nicht ausschließlich individualisierend bearbeitet, sondern auch in ihren strukturellen Bedingungen analysiert werden müssen (Staub-Bernasconi, 2007, S. 1–4). Vor diesem Hintergrund markieren die methodischen Grenzen der Arbeit zugleich Ansatzpunkte für weiterführende empirische und praxisbezogene Untersuchungen.

6.4 Forschungsdesiderate und gesellschaftlicher Ausblick

Aus den Ergebnissen der Arbeit ergeben sich mehrere weiterführende Forschungsbedarfe. Der politische Rechtsruck sollte nicht ausschließlich als Abweichung demokratischer Normalität verstanden werden, sondern weiterhin im Zusammenhang gesellschaftlicher Entwicklungen sowie demokratischer und sozialer Teilhabebedingungen untersucht werden (Streeck, 2011, S. 5–10). Daraus ergibt sich die weiterführende Frage, inwiefern gegenwärtige Formen demokratischer Organisation gesellschaftliche Teilhabe tatsächlich ermöglichen oder bestehende soziale Ungleichheiten und politische Entfremdungsprozesse mit reproduzieren (Crouch, 2008, S. 9–13).

Die Ergebnisse der Arbeit legen nahe, dass Zusammenhänge zwischen gesellschaftlichen Krisenwahrnehmungen, sozialer Unsicherheit, politischer Entfremdung und politischen Deutungsmustern weiterhin Gegenstand zukünftiger Forschung sein sollten. Insbesondere erscheint eine vertiefte Untersuchung der Frage relevant, wie gesellschaftliche Konflikte politisch wahrgenommen, verarbeitet und diskursiv gerahmt werden.

Weiterführende Forschung könnte insbesondere qualitative Untersuchungen subjektiver Erfahrungen politischer Entfremdung, sozialer Unsicherheit und wahrgenommenen

Kontrollverlusts vertiefen. Die Analyse weist darauf hin, dass diese Faktoren für das Verständnis gegenwärtiger politischer Entwicklungen von Bedeutung sein können (Decker et al., 2024, S. 13–15). Ebenso erscheint die weitere Untersuchung von Polarisierungsprozessen und gesellschaftlichen Ressentiments relevant, um deren Bedeutung für demokratische Beteiligung und gesellschaftlichen Zusammenhalt besser zu verstehen (Decker et al., 2024, S. 15–18).

Darüber hinaus erscheint eine vertiefte Analyse gesellschaftlicher Repräsentations- und Entfremdungserfahrungen relevant, da politische Beteiligung und gesellschaftliche Einflussmöglichkeiten zunehmend als eingeschränkt wahrgenommen werden. Weiterführende Forschung könnte daher untersuchen, wie politische Ohnmachtserfahrungen, eingeschränkte Teilhabemöglichkeiten und subjektive Deprivation auf demokratische Beteiligung, politische Einstellungen und politische Orientierungen wirken (Crouch, 2008, S. 9–13; Decker et al., 2024, S. 13–18).

Auch für die Soziale Arbeit ergeben sich daraus weiterführende Fragen. Die Analyse verweist auf Herausforderungen, die sich aus gesellschaftlicher Polarisierung und ausgrenzenden Deutungsmustern für professionelle Handlungskontexte ergeben können. Vor diesem Hintergrund bleibt zu untersuchen, wie Soziale Arbeit in unterschiedlichen Praxisfeldern demokratische Teilhabe, Empowerment, rassismuskritische Reflexion und soziale Gerechtigkeit stärken kann (Staub-Bernasconi, 2007, S. 20–24; Ogiemwonyi, 2023, S. 29–30).

Für demokratische Gesellschaften und die Soziale Arbeit bleibt es daher zentral, Bedingungen zu schaffen und weiterzuentwickeln, die soziale Teilhabe, demokratische Beteiligung und solidarische Formen gesellschaftlicher Konfliktbearbeitung langfristig stärken können (Heitmeyer, 2005, S. 4–8; Streeck, 2011, S. 5–10).

7. Literaturverzeichnis

Bauer, U., Bittlingmayer, U. H., & Scherr, A. (Hrsg.). (2012). *Handbuch Bildungs- und Erziehungssoziologie*. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-18944-4>

Benz, A. (1998). Postparlamentarische Demokratie? Demokratische Legitimation im kooperativen Staat. In M. T. Greven (Hrsg.), *Demokratie – eine Kultur des Westens?* 20. Wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (S. 201–222). Leske + Budrich.

Bigo, D. (2002). Security and immigration: Toward a critique of the governmentality of unease. *Alternatives*, 27(Special Issue), 63–92. <https://doi.org/10.1177/03043754020270S105>

Botsch, G. (2016). „Nationale Opposition“ in der demokratischen Gesellschaft: Zur Geschichte der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland. In F. Virchow, M. Langebach, & A. Häusler (Hrsg.), *Handbuch Rechtsextremismus* (S. 43–82). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-531-19085-3_3

Bourdieu, P. (2012). Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In U. Bauer, U. H. Bittlingmayer, & A. Scherr (Hrsg.), *Handbuch Bildungs- und Erziehungssoziologie* (S. 229–242). Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-18944-4>

Braun, D., & Schmitt, H. (2009). Politische Legitimität. In V. Kaina & A. Römmele (Hrsg.), *Politische Soziologie: Ein Studienbuch* (S. 53–81). VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Breit, H., & Scherr, A. (2026). Soziale Arbeit mit rechtsaffinen Adressat*innen: Hilfen im Spannungsfeld von Unterstützung, Distanz und kritischer Positionierung. *Sozial Extra*, 50(1), 4–10. <https://doi.org/10.1007/s12054-026-00841-4>

Bude, H. (2014). *Gesellschaft der Angst*. Hamburger Edition.

Bundesregierung. (2023). *Nationale Sicherheitsstrategie: Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland*. <https://www.nationalesicherheitsstrategie.de/Sicherheitsstrategie-DE.pdf>

CDU Deutschlands. (2024). *Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands: In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen*. <https://www.cdu.de/grundsatzprogramm/>

CDU-Bundesgeschäftsstelle. (2025). *Die neue Grundsicherung*. CDU Deutschlands. https://www.cdu.de/app/uploads/2025/07/Flugblatt_Grundsicherung_2025.pdf

Crouch, C. (2008). *Postdemokratie*. Suhrkamp.

Decker, O., Kiess, J., Heller, A., & Brähler, E. (Hrsg.). (2022). *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022*. Psychosozial-Verlag.

Decker, O., Kiess, J., Heller, A., & Brähler, E. (Hrsg.). (2024). *Vereint im Ressentiment: Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024*. Psychosozial-Verlag. <https://doi.org/10.30820/9783837962864>

Deppe, F. (2013). *Autoritärer Kapitalismus: Demokratie auf dem Prüfstand*. VSA Verlag.

Deutscher Bundestag. (2022). *Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung eines „Sondervermögens Bundeswehr“ (Bundeswehrsondervermögensgesetz – BwSVermG)* (Drucksache 20/1409). <https://dserver.bundestag.de/btd/20/014/2001409.pdf>

Deutscher Bundestag. (2022). *Entwurf eines Zwölften Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze – Einführung eines Bürgergeldes (Bürgergeld-Gesetz)* (Drucksache 20/3873). <https://dserver.bundestag.de/btd/20/038/2003873.pdf>

Deutscher Bundestag. (2023a). *Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Rückführung (Rückführungsverbesserungsgesetz)* (Drucksache 20/9463). <https://dserver.bundestag.de/btd/20/094/2009463.pdf>

Deutscher Bundestag. (2023b, 8. September). *Plenarprotokoll 20/120: Stenografischer Bericht der 120. Sitzung des Deutschen Bundestages*. <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20120.pdf>

Deutscher Bundestag. (2023c, 30. November). *Plenarprotokoll 20/141: Stenografischer Bericht der 141. Sitzung des Deutschen Bundestages*. <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20141.pdf>

Deutscher Bundestag. (2025, 14. Mai). *Plenarprotokoll 21/3: Stenografischer Bericht der 3. Sitzung des Deutschen Bundestages*. <https://dserver.bundestag.de/btp/21/21003.pdf>

Diaz-Bone, R. (2006). Kritische Diskursanalyse: Zur Ausarbeitung einer problembezogenen Diskursanalyse im Anschluss an Foucault. Siegfried Jäger im Gespräch mit Rainer Diaz-Bone.

Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research, 7(3), Art. 21.
<https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0603219>

Dlabaja, C., Fernandez, K., & Hofmann, J. (Hrsg.). (2023). *Aktuelle Ungleichheitsforschung: Befunde – Theorien – Praxis. Perspektiven aus der ÖGS-Sektion Soziale Ungleichheit*. Beltz Juventa. <https://doi.org/10.3262/978-3-7799-6828-3>

Dörre, K. (2008). Prekäre Arbeit und soziale Desintegration: Zur subjektiven Verarbeitung unsicherer Beschäftigung. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006* (S. 4406–4417). Campus Verlag.

Dörre, K. (2006). Prekäre Arbeit: Unsichere Beschäftigungsverhältnisse und ihre sozialen Folgen. *Arbeit*, 15(1), 181–193.

Dörre, K. (2011). Prekarität und Macht: Disziplinierung im System der Auswahlprüfungen. *WSI-Mitteilungen*, 64(8), 394–400.

Dörre, K. (2019a). Die neuen Vagabunden: Prekarität in reichen Gesellschaften. In U. H. Bittlingmayer, A. Demirović, & T. Freytag (Hrsg.), *Handbuch Kritische Theorie* (S. 981–1004). Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-12695-7>

Dörre, K. (2019b). Kritische Theorie und Krise: Landnahme an den Grenzen kapitalistischer Dynamik. In U. H. Bittlingmayer, A. Demirović, & T. Freytag (Hrsg.), *Handbuch Kritische Theorie* (S. 953–980). Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-12695-7>

Dörre, K., Bose, S., Lütten, J., & Köster, J. (2018). Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte. *Berliner Journal für Soziologie*, 28(1–2), 55–89. <https://doi.org/10.1007/s11609-018-0352-z>

Ehmer, J. (2003). Robert Castel, *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*. *Historische Zeitschrift*, 276(2), 314–316.

Faeser, N. (2024, 18. Januar). *Plenardebatte zum „Gesetz zur besseren Rückführung“* [Rede]. Bundesministerium des Innern und für Heimat. <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/reden/DE/2024/faeser-20240118-bt-Rueckfuehrung.html>

Fairclough, N. (2001). Critical discourse analysis as a method in social scientific research. In R. Wodak, & M. Meyer (Hrsg.), *Methods of critical discourse analysis* (S. 121–138). Sage.

FDP-Bundesgeschäftsstelle. (2023, Januar). *Das neue Bürgergeld – Fördern und Fordern. Modern und fair* [Informationspapier]. FDP.

FDP-Bundesvorstand. (2019, 24. November). *Auf dem Weg zum liberalen Bürgergeld*. Freie Demokratische Partei. <https://www.fdp.de/beschluss/beschluss-des-bundesvorstandes-auf-dem-weg-zum-liberalen-buergergeld>

Fereidooni, K., & El, M. (2017). Rassismuskritik und Widerstandsformen – Eine Einleitung. In K. Fereidooni & M. El (Hrsg.), *Rassismuskritik und Widerstandsformen* (S. 15–25). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-14721-1_1

Franzén, M. (2022). Rezension zu *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne* von Andreas Reckwitz sowie *Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne* von Andreas Reckwitz. *Sociologisk Forskning*, 59(1–2), 219–223. <https://doi.org/10.37062/sf.59.24253>

Gängler, H., & Liebig, M. (2017). Lehren und Lernen in der Sozialpädagogik. In F. Kessl, E. Kruse, S. Stövesand, & W. Thole (Hrsg.), *Soziale Arbeit – Kernthemen und Problemfelder* (S. 253–259). Verlag Barbara Budrich.

Geiger, M. (2008). Wohnungslosigkeit, sozialer Ausschluss und das Projekt der Integration. In R. Anhorn, F. Bettinger & J. Stehr (Hrsg.), *Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit: Positionsbestimmungen einer kritischen Theorie und Praxis Sozialer Arbeit* (2., überarb. u. erw. Aufl., S. 385–398). VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Goffman, E. (2006). *Selections from Stigma*. In L. J. Davis (Hrsg.), *The disability studies reader* (2. Aufl., S. 131–140). Routledge.

Goetze, D. (2008). Ethnie und Ethnisierung als Dimension sozialer Ausschließung. In R. Anhorn, F. Bettinger & J. Stehr (Hrsg.), *Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit: Positionsbestimmungen einer kritischen Theorie und Praxis Sozialer Arbeit* (2., überarb. u. erw. Aufl., S. 257–272). VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Groß, E., Zick, A., & Krause, D. (2012, 16. April). *Von der Ungleichwertigkeit zur Ungleichheit: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* [PDF-Version]. Aus *Politik und Zeitgeschichte*. Bundeszentrale für politische Bildung.

Hall, S. (1979). The great moving right show. *Marxism Today*, January, 14–20.

Heitmeyer, W. (2005). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Die theoretische Konzeption und empirische Ergebnisse aus 2002, 2003 und 2004. *Berliner Forum Gewaltprävention*, 20, 4–20.

Hradil, S. (2016). Soziale Ungleichheit, soziale Schichtung und Mobilität. In H. Korte & B. Schäfers (Hrsg.), *Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie* (9., überarb. u. aktualisierte Aufl., S. 247–274). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-13411-2_11

Hunner-Kreisel, C., & Wetzel, J. (2018). Einleitung: Rassismus in der Sozialen Arbeit und Rassismuskritik als Querschnittsaufgabe – Perspektiven für Wissenschaft und Praxis. In C. Hunner-Kreisel & J. Wetzel (Hrsg.), *Rassismus in der Sozialen Arbeit und Rassismuskritik als Querschnittsaufgabe: Perspektiven für Wissenschaft und Praxis* (S. 3–14). *neue praxis*, Sonderheft 15.

Keller, R. (2001). Wissenssoziologische Diskursanalyse. In R. Keller, A. Hirsland, W. Schneider, & W. Viehöver (Hrsg.), *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse: Band 1: Theorien und Methoden* (S. 113–143). Leske + Budrich.

Keller, R. (2011). *Diskursforschung: Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen* (4. Aufl.). VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kessl, F., & Maurer, S. (2018). Soziale Arbeit: Eine disziplinäre Positionierung zum Sozialraum. In F. Kessl & C. Reutlinger (Hrsg.), *Handbuch Sozialraum: Grundlagen für den Bildungs- und Sozialbereich* (2. Aufl., S. 161–183). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-531-19983-2_5

Kiess, J., Dilling, M., Heller, A. & Brähler, E. (2024). *Soziale Ungleichheit, Deprivation, sozialräumlicher Kontext und rechtsextreme Einstellung*. In O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.), *Vereint im Ressentiment: Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024* (S. 101–132). Psychosozial-Verlag.

Kocka, J. (2016). Kapitalismus und Demokratie: Der historische Befund. *Archiv für Sozialgeschichte*, 56, 39–50.

Küpper, B. (2019). „Man versucht, die Angst vor Migranten und Flüchtlingen am Köcheln zu halten“: Interview mit der österreichischen Sprachwissenschaftlerin Ruth Wodak. *Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit*, 1(1), 72–85.

Lamont, M., & Molnár, V. (2002). The study of boundaries in the social sciences. *Annual Review of Sociology*, 28, 167–195. <https://doi.org/10.1146/annurev.soc.28.110601.141107>

- Langebach, M., & Raabe, J. (2021). Die „Neue Rechte“ in der Bundesrepublik Deutschland. In S. Farrokhzad, T. Kunz, S. M. Oulad M'Hand, & M. Ottersbach (Hrsg.), *Migrations- und Fluchtdiskurse im Zeichen des erstarkenden Rechtspopulismus* (S. 97–117). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-32498-8_5
- Lessenich, S. (2003). Der Arme in der Aktivgesellschaft: Zum sozialen Sinn des „Förderns und Forderns“. *WSI-Mitteilungen*, 56(4), 214–220.
- Marti, U. (2008). Kapitalistische Macht und neoliberales Regieren. *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 38(151), 289–305.
- Marx, K. (2009). Das Kapital: Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Anaconda.
- Mayring, P. (1994). Qualitative Inhaltsanalyse. In A. Boehm, A. Mengel, & T. Muhr (Hrsg.), *Texte verstehen: Konzepte, Methoden, Werkzeuge* (S. 159–175). UVK Universitätsverlag Konstanz.
- Melter, C. (2013). Kritische Soziale Arbeit in Diskriminierungs- und Herrschaftsverhältnissen: Eine Skizze. In M. Spetsmann-Kunkel & N. Frieters-Reermann (Hrsg.), *Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft* (S. 93–111). Verlag Barbara Budrich.
- Messerschmidt, A. (2012). Michel Foucault (1926–1984). In B. Dollinger (Hrsg.), *Klassiker der Pädagogik: Die Bildung der modernen Gesellschaft* (3., durchgesehene Aufl., S. 289–309). VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-94243-8>
- Merten, R., & Scherr, A. (2004). Inklusion/Exklusion: Zum systematischen Stellenwert eines Duals innerhalb des Projekts „Systemtheorie Sozialer Arbeit“. In R. Merten & A. Scherr (Hrsg.), *Inklusion und Exklusion in der Sozialen Arbeit* (S. 7–14). VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-322-80900-1>
- Mouffe, C. (1999). Deliberative democracy or agonistic pluralism? *Social Research*, 66(3), 745–758.
- Müller-Doohm, S. (2009). Nationalstaat, Kapitalismus, Demokratie: Philosophisch-politische Motive im Denken von Jürgen Habermas. *Leviathan*, 37(4), 501–517. <https://doi.org/10.1007/s11578-009-0061-2>
- Offe, C. (2019). *Staatskapazität und Europäische Integration*. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-22267-3>

Ogiemwonyi, S. (2023). Überwinden, was klein hält: Rassismuskritik und Empowerment als Widerstandsformen gegen Rassismus. In B. Aygün, P. Bühler, R. Daraboš, S. Eissa, I. Hagen-Jeske, I. H. Hans, M. A. Kanbur, F. M. Moukara, & S. Ogiemwonyi (Hrsg.), *RassisMuss MachtKritisch: Interdisziplinäre Perspektiven auf Rassismusforschung in Augsburg* (S. 29–47). PubliQation. <https://doi.org/10.22602/IQ.9783745870848>

Pickel, S., Celik, K., & Decker, O. (2024). Politische Kultur und Unterstützung der Demokratie in Deutschland. In O. Decker, J. Kiess, A. Heller, & E. Brähler (Hrsg.), *Vereint im Ressentiment: Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024* (S. 181–206). Psychosozial-Verlag.

Priester, K. (2016). Rechtspopulismus: Ein umstrittenes theoretisches und politisches Phänomen. In F. Virchow, M. Langebach, & A. Häusler (Hrsg.), *Handbuch Rechtsextremismus* (S. 533–560). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-531-19085-3_15

Rössel, J., & Beckert-Zieglschmid, C. (2002). Die Reproduktion kulturellen Kapitals. *Zeitschrift für Soziologie*, 31(6), 497–513.

Schäfer, S. (2020). Re-Politisierung und politische Bildung: Zugänge zur politischen Bildung in der Sozialen Arbeit. *Sozial Extra*, 44(1), 13–16. <https://doi.org/10.1007/s12054-019-00248-4>

SPD, Bündnis 90/Die Grünen, & FDP. (2021). *Mehr Fortschritt wagen: Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag 2021–2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), Bündnis 90/Die Grünen und den Freien Demokraten* (FDP). https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf

Seithe, M. (2012). *Schwarzbuch Soziale Arbeit* (2., durchgesehene und erweiterte Aufl.). VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Staub-Bernasconi, S. (2007). Soziale Arbeit: Dienstleistung oder Menschenrechtsprofession? Zum Selbstverständnis Sozialer Arbeit in Deutschland mit einem Seitenblick auf die internationale Diskussionslandschaft. In A. Lob-Hüdepohl & W. Lesch (Hrsg.), *Ethik Sozialer Arbeit: Ein Handbuch* (S. 20–54). UTB/Schöningh.

Streeck, W. (2011). The crises of democratic capitalism. *New Left Review*, 71, 5–29.

Streeck, W. (2014). How will capitalism end? *New Left Review*, 87, 35–64.

Thieme, N. (2017). Hilfe und Kontrolle. In F. Kessl, E. Kruse, S. Stövesand & W. Thole (Hrsg.), *Soziale Arbeit – Kernthemen und Problemfelder* (S. 17–24). Verlag Barbara Budrich.
<https://doi.org/10.3224/82524347>

Thiersch, H., Grunwald, K., & Köngeter, S. (2012). Lebensweltorientierte Soziale Arbeit. In W. Thole (Hrsg.), *Grundriss Soziale Arbeit* (4. Aufl., S. 175–196). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-94311-4_7

Thiersch, H. (2014). *Lebensweltorientierte Soziale Arbeit: Aufgaben der Praxis im sozialen Wandel* (9. Aufl.). Beltz Juventa.

Thiersch, H. (2019). Nähe und Distanz in der Sozialen Arbeit. In M. Dörr (Hrsg.), *Nähe und Distanz: Ein Spannungsfeld pädagogischer Professionalität* (4. Aufl., S. 42–58). Beltz Juventa.

Virchow, F. (2016). »Rechtsextremismus«: Begriffe, Forschungsfelder, Kontroversen. In F. Virchow, M. Langebach, & A. Häusler (Hrsg.), *Handbuch Rechtsextremismus* (S. 5–42). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-531-19085-3_2

Zick, A., Küpper, B., & Hövermann, A. (2011). *Die Abwertung der Anderen: Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung*. Friedrich-Ebert-Stiftung.